

Sozialdemokratischer Pressedienst

Organisator und Chefredakteur:
Gerd Ehringhaus, Berlin.
Telefon: Carl Zeiss 4226/4228



Redaktion für Druck und Verbreitung:
Berlin O 204, Tele. Wilhelms-Platz 6
Telefon: Carl Zeiss

Die Redaktion ist in Berlin
am Platz 2 vor der Carl Zeiss Fabrik, am Carl Zeiss Platz 1, Berlin
am Carl Zeiss Platz, am Carl Zeiss Platz 1, Carl Zeiss Platz 1, Berlin

Berlin, den 15. Febr. 1933.

Int. Institut
Soc. Geschichte
Amsterdam

14 Tage Hitler.

SPD. Das Kabinett der "nationalen Konzentration" ist seit 14 Tagen im Amt. Die "Konzentriertheit" hat seitdem merkwürdige Beleuchtungen erfahren. Eine Rede Hugenberg's bei der Gründung der Kampffront Schwarzweissrot hat weitgehende Gegensätze innerhalb dieser sogenannten Konzentration erkennen lassen.

In diesen 14 Tagen hat sich in Deutschland manches geändert - aber wer wollte behaupten, dass es besser geworden sei? Arbeitslosigkeit, Not, Hunger, Eiend - alles wie zuvor! Wer seine Sache auf Versprechungen gestellt hat, erlebt bittere Enttäuschung.

Immerhin hat sich doch einiges geändert und einiges ist vorgegangen. Der Chronist, der dies verzeichnet, muss vorsichtig sein. Er muss sich darauf beschränken, Tatsachen sprechen zu lassen. Er darf nämlich nicht die Tatsache aus dem Auge verlieren, dass diese 14 Tage tatsächlich der Pressefreiheit in Deutschland ein Ende gemacht haben. Ueber die oppositionelle Presse ist ein Regel von Verboten niedergegangen wie niemals zuvor. Aber wo das Wort des Kritikers eingengt ist, da sprechen die Tatsachen selber, deren Bekanntgabe man schliesslich nicht verbieten kann, weil sie von der Regierung selber mitgeteilt werden müssen.

Tatsache ist, dass das Urteil des Staatsgerichtshofs vom 25. Oktober 1932 in Sachen Preussen beiseite geschoben ist. Tatsache ist, dass die Reichsregierung die preussischen Stimmen im Reichsrat selbst instruieren will und damit das Wesen des Reichsrats als einer Vertretung der Länder vollständig zerschlagen wird.

Tatsache ist, dass in Preussen in der inneren Verwaltung ein Beamtenschub vorgenommen worden ist, über dessen Gründe kein Wort weiter zu verlieren ist, denn die Namen und noch mehr die Posten, an denen die gemassregelten Beamten gestanden haben, sprechen für sich selber. Dieser Personalschub ist noch im Gange. Er hat selbst bei so weit rechtsstehenden Zeitungen wie der "Deutschen Allgemeinen Zeitung" entsetzte Proteste hervorgerufen.

Tatsache ist, dass die Unruhe in Deutschland immer stärker wird. Täglich fallen Todesopfer. Die Blutschuld der SA schreit zum Himmel. Versammlungen der Sozialdemokraten und der Kommunisten werden immer wieder von bewaffneten nationalsozialistischen Banden überfallen und zu sprengen versucht.

Tatsache ist, dass das neue System bereits schwere aussenpolitische Betriebsunfälle zu verzeichnen hat, die in jeder Hinsicht an Vorgänge aus der Zeit Wilhelms II. erinnern. Ein Telegramm des Reichsministers Göring an eine Göteborger Zeitung hat in Schweden schwerste Verstimmung hervorgerufen, die angesichts der schwierigen handelspolitischen Verhältnisse zwischen Deutschland und Schweden den Interessen Deutschlands sehr abträglich ist. Der Reichskanzler hat einem englischen Obersten ein Interview gegeben, dessen erste Fas-

sung, wie sie im "Sunday Express" erschien, sofort nach dem Erscheinen als nicht authentisch bezeichnet wurde. Trotzdem hat dies Interview in Paris und Warschau schwere Verstimmungen, zum Teil geradezu wilde Angriffe gegen Deutschland hervorgerufen.

Tatsache ist, dass vom Inhalt des Vierjahresplanes, der feierlich angekündigt worden ist, bisher noch nichts bekannt geworden ist und wahrscheinlich auch vor den Wahlen nichts mehr bekannt werden wird. Der württembergische Staatspräsident Bolz hat auf einem Bezirksparteitag des Zentrums in Ulm erklärt, dass bisher von dem Vierjahresplan nicht soviel vorhanden sei wie unter den Nagel gehe.

Tatsache vor allem aber ist, dass unter der Regierung Hitler-Papen-Hugenberg wirtschaftspolitische Massnahmen ergriffen worden sind, wie sie niemals zuvor ein Reichskanzler in Deutschland getroffen hat, wenn er sich auch noch so stolz als agrarischer Reichskanzler bezeichnet hat. Es ist eine Erhöhung der Schmalz- und Speckzölle vorgenommen worden, die jetzt schon eine gewaltige Verteuerung des für die Volksernährung überaus wichtigen Schmalzes herbeigeführt hat. Die Beeinträchtigung der Fettversorgung der notleidenden deutschen Bevölkerung durch diese Massnahme greift viel tiefer als es selbst die berühmte Margarine-Notverordnung mit dem Beimischungszwang bewirkt haben würde. Das ist die erste praktische Massnahme des neuen Systems, die den Massen der deutschen Bevölkerung unmittelbar fühlbar wird!

Der handelspolitische Kurs, der damit eingeschlagen worden ist, wird weiter verfolgt. Ein völliges Verbot der Buttereinfuhr ist vorbereitet. Gegenüber Frankreich sind Tarifikündigungen vorgenommen worden, die die handelspolitische Situation zwischen Deutschland und Frankreich sehr ernst gestalten müssen. Die politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich haben sich in den letzten Tagen ohnehin ausserordentlich verschlechtert.

Wenn das Volk zurückblickt auf die Aera Papen, wenn es die Bilanz der ersten 14 Tage Hitler zieht, so kommt es zum Schluss:

Versteuert, verteuert:
Papen das Salz,
Hitler das Schmalz
Da seht ihr gleich
Das Dritte Reich!

SPD. Gera, 15. Februar (Eig. Drahtb.)

Die Naziregierung in Thüringen hat durch das Reichsgericht eine einzigartige Zurechtweisung erhalten. Sämtliche im Landgerichtsbezirk Gera seit dem 1. Januar 1933 gefällte Strafurteile sind vom Strafsenat in Leipzig für ungültig erklärt worden.

Ueber die Verfassungsbestimmungen hinweg hatte der für die Stadtverwaltung in Gera von der Naziregierung eingesetzte Staatskommissar die Auswahl der Schöffen und Geschworenen eigenmächtig vorgenommen. Den Zutritt des Stadtrates, dem diese Auswahlfunktion, durch Einsetzung einer Kommission, zusteht, hatte der Kommissar nicht geduldet. Einige Rechtsanwälte von Gera hatten deshalb beim Reichsgericht die durch die Eigenmächtigkeit des Nazikommissars zustande gekommenen Schöffen- und Geschworenengerichte als ungesetzlich angefochten. Das Reichsgericht hat sich dieser Ansicht angeschlossen und sämtliche Urteile kassiert, die von diesen verfassungswidrig ernannten Gerichten gefällt worden sind. In dem Spruch des Reichsgerichtes selbst wird die Thüringer Naziregierung belehrt, dass eine Landesregierung den § 40 des Gerichtsverfassungsgesetzes nicht umstossen könne. Die Ernennung von Schöffen und Geschworenen auf anderem als dem vorgeschriebenen Wege sei unzulässig und ungesetzlich.

SPD. Warschau, 15. Februar (Eig. Dr.)

Der polnische Aussenminister Beck erklärte am Mittwoch im Auswärtigen Ausschuss des Sejm, dass die deutsche Revisions-Propaganda von gewissen französischen Kreisen überschätzt werde, denn "es sei noch niemandem gelungen, den Zustand Europas durch blosser Worte zu ändern." Im übrigen werde sich Polen Deutschland gegenüber so verhalten, wie Deutschland gegenüber Polen. Die Entscheidung der Fünfmächtekonferenz hinsichtlich der deutschen Rüstungsgleichheit sei für Polen nicht bindend.

SPD. Dresden, 15. Februar (Eig. Drahtb.)

Der Sächsische Landtag behandelte in seiner letzten Sitzung u.a. aussenhandelspolitische Probleme, die auch das Verhältnis Deutschlands zu Schweden berührten. Im Rahmen dieser Debatte sprach der sozialdemokratische Abgeordnete Böchel über das bekannte Protesttelegramm des Reichsministers Göring an eine schwedische Zeitung. Er führte wörtlich aus:

"Ich will in die ernstesten Ausführungen über die Gestaltung unserer aussenpolitischen Beziehungen nur ein ganz kleines Intermezzo einflechten, das aber in erschreckender Masse zeigt, wie das Ansehen Deutschlands im Ausland bereits gesunken ist. Der deutsche Wirtschaftsapparat ist durch die Eigenart seiner Entwicklung zu einer Exportmaschine von eminenter Bedeutung geworden. Die Tatsache, dass diese Wirtschaftsmaschine zurzeit nur mit 60 Prozent ihrer Kapazität läuft, ohne dass die inländische Kaufkraft im Stande wäre, die erzeugten Waren voll aufzunehmen, zeigt den Weg, den jede Regierung, sie heisse, wie sie wolle, in der Aussenpolitik gehen muss, wenn sie dem deutschen Volke zusätzlichen Verdienst verschaffen will. Es sind aber nicht nur materielle Dinge, die das Verhältnis zum Ausland bestimmen, sondern es sind auch jene nicht unmittelbar messbaren Imponderabilien, die im Ton und in der Form des Umganges mit anderen Völkern mitschwingen, die eine Wirkung haben auf die Zahlen, die am Ende des Jahres in der Aussenhandelsstatistik erscheinen. Was sich da der nationalsozialistische Reichsminister Göring gegenüber Schweden geleistet hat, ist nicht nur von schwerstem Nachteil für unsere Exportindustrie, sondern das hat Deutschland in der ganzen Welt lächerlich gemacht. Dieser Minister ohne Portefeuille hat Spaziergänge in der Aussenpolitik gemacht, die das deutsche Volk unter schärfster Kritik stellt. Als nach dem mehr eiligen als freiwilligen Marsch der nationalsozialistischen Minister in die Amtlichkeit die schwedische "Gotenborger Handels- und Seefahrtszeitung" einen kritischen Artikel über Hitler brachte, hat der nationalsozialistische Minister Göring dieser Zeitung jenes bekannte Telegramm geschickt, in dem er die Redaktion ultimativ aufforderte, in Zukunft gegen solche Äusserungen einzuschreiten, andernfalls er "andere Massnahmen ergreifen" werde. Ich weiss nicht, ob Herr Göring, der im Nebenamt kommissarisch die Luftschiffahrt verwaltet, an einen Flugzeugangriff auf Schweden gedacht hat. Aber Tatsache ist, dass Schweden, und mit ihm das gesamte Ausland, über diese blöde Drohung, hinter der nichts anderes steckt, als die bekannte nationalsozialistische Kraftmeierei, in eine Deutschland sehr kompromittierende Heiterkeit geraten ist. Nun hören Sie, was das von Minister Göring so angefauchte rechtsbürgerliche Blatt erwidert hat:

"Der Grad von Weisheit, der seitens der gegenwärtigen deutschen Regierung zu erwarten ist, geht bereits aus dem an uns gerichteten Telegramm hervor. Göring scheint des Glaubens zu sein, dass Schweden eine Art Annex des deutschen Reiches sei. Dem ist aber Gott sei Dank nicht so. Der Ton, den Herr Göring anschlägt, ist zweifellos der einzige ihm natürliche. Gebildete Menschen sprechen nicht auf diese Weise. Sie treten ohne plumpe und dumme Drohungen auf. Herr Göring hätte das Telegramm so abfassen können, dass uns Zweifel an der Richtigkeit unserer Charakterisierung derjenigen Partei,

deren Zierde er ist, aufgekommen wären. Aber er ist sich selbst treu geblieben und hat schwarz auf weiss bewiesen, dass unser Urteil zutreffend war. Wir brauchen ein solches Unterfangen, dass ein deutscher Reichsminister brüllt und droht, als stünde ihm das Herrenrecht über die schwedische Presse zu, nicht weiter zu charakterisieren. Dass er sich über unsern Ausspruch verletzt fühlt, macht uns weder reumütig noch verzagt. Die freundschaftlichen Gefühle, die das schwedische Volk für das grosse deutsche Volk hegt, werden auch noch die Verfinsterung ertragen können, die sich jetzt über das Land gelegt hat. Wir hoffen, dass es sich ohne allzu grosse Opfer aus dieser Erniedrigung wieder erheben können. Niemand legt dem deutschen Volke die wunderliche Art zur Last, durch welche seine gelegentlichen Herrscher die Welt amüsieren. Wir nehmen diese Herren nicht ernst. Dass sie aber Deutschland regieren, halten wir für eine ausserordentlich ernste Angelegenheit. Es ist demütigend, dass die öffentliche Meinung der Welt und die Weltpresse sich tagein, tagaus mit solchen Erscheinungen befassen mussten, und es ist beklagenswert, dass das politische Leben einer derartigen Barbarei verfallen ist. Unsere Ausführungen gipfelten in der Feststellung, dass Herr Hitler eine Verunglimpfung ist, und das ist auch jetzt unsere Meinung."

Nichts charakterisiert die Komödie, die heute in Deutschland abrollt, schärfer als die Auslassungen dieses rechtsbürgerlichen schwedischen Blattes. Ja, es ist demütigend für die Welt, dass an der Spitze eines 60 Millionen-Volkes solche Leute stehen, und noch viel demütigender für das deutsche Volk, dass es eine solche Hitlerregierung; auch nur als vorübergehendes Experiment erträgt. Wenn das die grundsätzlich neue Staatsführung ist, so erklären wir einer solchen Staatsführung den schärfsten Kampf. Das deutsche Volk hat schon einmal erlebt, dass durch den Pferdestallton eines Hohenzollern das ganze Land in eine Katastrophe gejagt worden ist. Wir werden das deutsche Volk gegen den Grössenwahn der Hitler und Göring zu schützen wissen."

SPD. Hannover, 15. Febr. (Eig. Draht)

Der sozialdemokratische "Volkswille" ist am Mittwoch von dem stellvertretenden Oberpräsidenten auf die Dauer von 5 Tagen verboten worden, weil er anlässlich des Unglückes von Neunkirchen einen Artikel veröffentlicht hatte, in dem es hiess, dass die dort Verunglückten zum guten Teile Marxisten gewesen seien, zu deren Vernichtung der Reichskanzler im Berliner Sportpalast den Segen des Himmels herabgefleht habe. Darin wird eine Diffamierung des Reichskanzlers erblickt.

SPD. Am Dienstag fand im Preussischen Innenministerium unter dem Vorsitz des Herrn Göring eine Konferenz der Ober- und Regierungspräsidenten statt. Das grosse Londoner Blatt, die "Times", hatte unter Bezugnahme auf diese Konferenz u.a. behauptet, der kommissarische preussische Innenminister habe Anweisungen für die Bewaffnung der SA und der Stahlhelmer und für ihre Verwendung als Hilfspolizei gegeben, und das sei der erste Schritt zur Errichtung eines faschistischen Regimes in Deutschland oder mindestens in Preussen.

Die "Deutsche Allgemeine Zeitung" bemerkt zu dieser Feststellung des Berliner "Times"-Korrespondenten:

"Von den amtlichen Stellen wird zu diesen Behauptungen natürlich gar nicht Stellung genommen. Sie bedeuten offensichtlich eine wilde Aufbauschung der vom preussischen Innenminister vorgesehenen äussersten Abwehrmassregeln. In den nächsten Tagen und Wochen wird man mit einer gesteigerten Abwehrbereitschaft der staatlichen Organe gegen etwaige Umsturzpläne zu rechnen haben."

Auch die nächtliche Polizeiaktion gegen den Reichstag bildet ein Glied dieser Massregeln."

Diese "gesteigerte Abwehrbereitschaft" wird nach der D.A.Z. vor allem in gewissen "organisatorischen Maßregeln" zum Ausdruck kommen. Dazu gehören auch die Erweiterung der Vollmachten für den Polizeiführer West, Kommandeur Stieler v. Heidekamp. An sich sei der Polizeiführer West keine neue Einrichtung. Wenn seine Befugnisse jetzt erweitert würden, so handele es sich im wesentlichen um einen Ausbau dieser Funktionen, die mit den besonderen Verhältnissen in der Westmark zusammenhängen. In Rheinland und in Westfalen sei wegen der Sonderbestimmungen des Versailler Diktats eine Verhängung des militärischen Ausnahmezustandes nicht möglich. Sollten also dort eines Tages Unruhen ausbrechen, so müsste nach Ansicht der massgebenden Stellen auch eine geeignete Zusammenfassung der staatlichen Machtmittel zu erzielen sein.

SPD. Köln, 15. Februar (Eig. Drahtb.)

Im Auftrage des Oberpräsidenten der Rheinprovinz hat der Polizeipräsident von Köln die "Rheinische Zeitung" auf die Dauer von 6 Tagen wegen angeblicher böswilliger Verächtlichmachung des Reichskanzlers und des Reichskommissärs für das Preussische Ministerium des Innern verboten. Die Verächtlichmachung wird erblickt in Artikeln mit der Ueberschrift: "Hitlers Kanzlergehalt - Was verdient Minister Goering - Herr Reichskanzler, wo bleibt der Vierjahresplan?"

SPD. Dresden, 15. Februar (Eig. Drahtb.)

Der Polizei-Untersuchungsausschuss des Sächsischen Landtags befasste sich am Mittwoch mit den schweren Zusammenstößen, die sich am 9. November in Chemnitz vor dem dortigen Vereinshaus zwischen SPD und Reichsbanner bzw. Nationalsozialisten ereignet haben.

Der Vorsitzende, Abg. Neu, gab zunächst bekannt, dass die Regierung allen Beamten die Aussagegenehmigung verweigert habe, bis eine gewisse gerichtliche Klärung der Chemnitzer Vorfälle und des Mordfalles Hentsch zu verzeichnen sei. Ferner verlas der Vorsitzende ein Schreiben der Regierung, wonach sich die frühere Behauptung der Polizei und der Regierung, dass während der blutigen kommunistischen Versammlung im Keglerheim in Dresden aus einem Revolver älterer Konstruktion von einem Platz neben der Säule auf der Galerie geschossen worden sei, nicht aufrechterhalten lasse. Die inzwischen erfolgten Untersuchungen hätten ergeben, dass es sich um ein modernes Geschoss gehandelt habe und sich der Standort des Schützen aus dem Einschlag nicht habe ermitteln lassen.

Die Vernehmung des Oberleutnants Heymann von der Chemnitzer Polizei ergab, dass dieser Polizeioffizier Nationalsozialist ist und die Chemnitzer Polizeileitung während der blutigen Zwischenfälle vor dem dortigen Vereinshaus kläglich versagt hat. Sie hat keinerlei rechtzeitige Vorsorge getroffen, die Zusammenstöße zwischen den Teilnehmern an der Vereinshaus-Versammlung und Teilnehmern an einer nationalsozialistischen Kundgebung in der Radrennbahn hätten verhindern können. Erst als es bereits zu Zusammenstößen gekommen war, hat die Polizei eingegriffen.

SPD. München, 15. Februar (Eig. Drahtb.)

Die sozialdemokratische "Volkszeitung" in Aschaffenburg ist am Mittwoch auf Ersuchen des Reichsinnenministers auf sechs Tage verboten worden. Das Verbot wird mit einem Aufruf der Aschaffenburgener Kampfleitung der Eisernen Front begründet, in dem unter scharfer Kritik der Sportpalastrede des Reichskanzlers ein Aufmarsch der Eisernen Front angekündigt war.

SPD. Breslau, 15. Februar (Eig. Drahtb.)

Von den zehn Bergleuten, die am Dienstag auf der Königin Luise-Grube in Hindenburg verunglückten, konnten im Laufe des Mittwoch drei Mann gerettet werden. Zwei der Geborgenen sind schwer verletzt, der dritte hat leichtere Verletzungen davongetragen. Das Schicksal der übrigen Eingeschlossenen ist noch gänzlich ungewiss. Die Ursache des Unglücks ist bisher nicht ermittelt; man vermutet Gebirgsschlag.

SPD. Der "Vorwärts" ist vom Berliner Polizeipräsidenten bis zum 22. Februar einschliesslich verboten worden. Als Gründe für das Verbot werden angeführt:

"Die in Berlin erscheinende Tageszeitung "Vorwärts" veröffentlicht in Nr. 75 (Morgenausgabe) vom 14.2.33 einen Artikel mit der Ueberschrift: "Für die Wahrheit! Der Blutsonntag in Eisleben!" von Friedrich Stampfer. Dieser Artikel gibt Anlass zu Beanstandungen auf Grund des § 9 Abs. 1 Nr. 5 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 4.2.33. Der Verfasser geht bei seinen Darlegungen von der durch die eingeleiteten Ermittlungen inzwischen völlig widerlegten Behauptung aus, dass nicht aus dem Hause des "Klassenkampf" in Eisleben zuerst auf die Nationalsozialisten geschossen worden sei, sondern dass diese ohne äusseren Anlass das in kommunistischem Eigentum stehende Gebäude überfallen hätten, um die Einrichtung zu zerstören und gegen die darin befindlichen Personen gewalttätig vorzugehen. In der gleichen Richtung bewegen sich die weiteren Ausführungen über den Hergang des "Sturms auf die Turnhalle". Auch hier zielt die Schilderung offensichtlich darauf ab, das Verhalten der nach den Feststellungen der eingeleiteten Untersuchung unzweifelhaft auch von dieser Baulichkeit aus durch Schüsse angegriffenen Nationalsozialisten als eine jeder inneren Berechtigung entbehrende brutale Ausschreitung zu charakterisieren. Aus diesen von dem Verfasser bewusst im Gegensatz zu anderen Zeitungen gegebenen Sachdarstellungen, die er in Verbindung mit von der Regierung getroffenen Massnahmen bringt, wird der Schluss gezogen, dass die Behörden nicht etwa aus mangelnder Objektivität, sondern vorsätzlich pflicht- und rechtswidrig diese Darstellung verbreitet und aufrechterhalten hätten, da sie "dem Lauf der Weltgeschichte, wie er jetzt von oben vorgeschrieben ist", angepasst werden müsse. Dieselbe böswillige Verächtlichmachung der Behörden und insbesondere des verantwortlichen Leiters der preussischen inneren Verwaltung zeigt sich auch darin, dass im vorletzten Absatz die Erwartung ausgesprochen wird, von diesen Behörden könne ein objektives Untersuchungsergebnis nicht erwartet werden, die "Bürgerleute von Eisleben" würden nie erfahren, was nach Auffassung des Artikelschreibers das tatsächliche Untersuchungsergebnis sein müsste. Die Tendenz des bezeichneten Aufsatzes, der als Leitartikel veröffentlicht ist, wird noch dadurch unterstrichen, dass auf der ersten Innenseite des Hauptblattes an hervorragender Stelle mit der besonders auffallenden, grossgedruckten Ueberschrift "Aus dem braunsten Deutschland - Faschistentreiben in Eisleben!" in derselben Weise zu den Vorgängen Stellung genommen wird, während eine vorläufige amtliche Darstellung des Polizeipräsidiiums in Halle vom 13.2.1933 mit kleinerer Ueberschrift und kleinem Textdruck so nachgebracht wird, dass der unbefangene Leser aus dem Zusammenhang mit den Darlegungen des Hauptaufsatzes notwendigerweise den von dem Verfasser offensichtlich gewollten Eindruck bewusst pflichtwidrigen und parteiischen Verhaltens der Behörde gewinnen muss. Hiernach rechtfertigt sich das ausgesprochene Verbot nach § 9 Abs. 1 Nr. 5 der angezogenen Verordnung."

Nach diesem Verbot muss die Sozialdemokratie in der Reichshauptstadt eine Woche des Wahlkampfes ohne Zeitung führen!

SPD. Magdeburg, 15. Februar (Eig. Dr.)

Die sozialdemokratische Magdeburger "Volksstimme" ist auf 5 Tage verboten worden. Das Blatt soll den Magdeburger Polizeipräsidenten verächtlich gemacht haben.

SPD. Brüssel, 15. Februar (Eig. Drahtb.)

Die Regierung de Broqueville blieb am Mittwoch-Nachmittag bei der Abstimmung über eine sozialistische Interpellation mit 82 gegen 72 Stimmen bei 5 Enthaltungen in der Minderheit. Sie ist sofort zurückgetreten.

Die angenommene Interpellation richtete sich gegen die Ungültigkeitserklärung der Gemeindevahlen in einem kleinen Städtchen in der Provinz Namur, wo die Katholiken mit einigen Stimmen Mehrheit die frühere sozialistisch-liberale Mehrheit aus dem Sattel hoben. Die Provinzialvertretung hatte die Ungültigkeit der Wahlen ausgesprochen, worauf der katholische Innenminister die Ungültigkeitserklärung aufhob. Die eigentliche Ursache der Regierungskrise liegt freilich tiefer. Die Steuermassnahmen, die trotz der gewaltigen Protestbewegung im ganzen Lande von der Mehrheit des Parlaments durchgepeitscht wurden, haben auf die Regierung und ihre Mehrheit zersetzend gewirkt. Noch ernstere Folgen für die Regierung hat die Herausforderung des liberalen Kriegsministers Deveze an die Sozialisten gehabt. Deveze hat das Abonnement und den Vertrieb des sozialistischen Zentralorgans "Le Peuple" in sämtlichen Kasernen unter dem Vorwand antimilitaristischer Propaganda verboten, was zu äusserst heftigen Auseinandersetzungen im Parlament und in der Presse geführt hat. Dieser Vorstoss gegen die Pressefreiheit hat in manchen liberalen und katholischen Kreisen zu starken Unstimmigkeiten geführt. Daraus erklärt sich, dass die Regierung am Mittwoch bei der Abstimmung von einem Teil ihrer Anhänger in Stich gelassen wurde.

SPD. Das Berliner "Acht-Uhr-Abendblatt" ist am Mittwoch auf acht Tage verboten worden. Als Ursache wird ein Artikel bezeichnet, der sich mit den blutigen Vorfällen in Eisleben beschäftigt.

SPD. Köln, 15. Februar (Eig. Drahtb.)

In der Nacht zum Mittwoch gegen 3 Uhr erschien vor dem Volkshaus in Siegburg ein Trupp uniformierter Nazis, die gegen das Arbeiterlokal Schüsse abgaben. Der berüchtigte Nazischläger Franz Müller wurde durch einen Kopfschuss getötet. Die im Volkshaus liegende, 16 Mann starke, Wache der Eisernen Front wurde in Haft genommen.

SPD. Im Preussischen Kultusministerium soll jetzt auch Staatssekretär Lammers von seinem Posten beseitigt werden. Als Ersatz für Lammers, der Mitglied der Zentrumspartei ist, sind die deutschnationalen Abgeordneten Martin Spahn und Städtler in Aussicht genommen. Beide gehörten früher dem Zentrum an. Sie sind aber bereits seit Jahren treue Gefolgsleute ihres Ministers Hugenberg.

SPD. Die NSDAP sitzt nun seit über 14 Tagen in der Amtlichkeit. Viele sind inzwischen zu Amt und Würden gelangt. Nur Herr Dr. Goebbels muss immer noch warten. Aber auch für ihn soll gesorgt werden. Wie - das verrät die rechtsradikale "Deutsche Zeitung", die am Mittwoch-Abend folgendes verlautbaren lässt :

"Schon seit längerer Zeit hört man, dass der Rundfunk nicht mehr dem Post- oder Innenministerium unterstellt werden soll, sondern unmittelbar dem Reichskanzler Adolf Hitler. In diesem Zusammenhang wurde dann auch Dr. Goebbels als politischer Rundfunkkommissar genannt. Diese Eingliederung des Rundfunks in den Regierungsapparat hängt mit noch weiteren organisatorischen Änderungen zusammen. Es heisst, dass das Reichsministerium des Innern die "Zentrale für Heimatdienst" auflösen will und dafür eine Reichspropagandazentrale einrichten will, die nicht dem Reichsinnenministerium, sondern dem Reichskanzler unterstellt werden soll. Als Leiter dieser Reichspropagandazentrale ist der nationalsozialistische Abgeordnete und Propagandaleiter der NSDAP Dr. Goebbels ausersehen. Diese Reichspropagandazentrale soll sich mit den Fragen des Rundfunks, der Presse, des Tonfilms usw. beschäftigen, und damit würde es zutreffen, dass Dr. Goebbels in irgendeiner Form im Rundfunk führend tätig sein wird."

Die Betätigung im Rundfunk allein aber dürfte Herrn Goebbels kaum genügen er will auch einen Titel, er will Minister werden. Ehe dieses Ziel nicht erreicht ist, dürfte er kaum ruhen...

SPD. Rom, 15. Februar (Eig. Drahtb.)

Mussolini dementierte am Mittwoch die Nachrichten von einem angeblichen Allianzvertrag zwischen Italien, Deutschland und Ungarn. Im Ministerrat erklärte er dazu: "Die im auswärtigen Ausschuss des französischen Parlamentes vorgebrachten Mitteilungen über die Existenz einer italienisch-deutsch-ungarischen Allianz sind vollkommen aus der Luft gegriffen, und wenn sie nicht an jener Stelle des französischen Parlaments gemacht worden wären, wäre es nicht der Mühe wert, sie zu erwähnen."

SPD. Breslau, 15. Februar (Eig. Drahtb.)

Die Nationalsozialisten organisieren in Oberschlesien seit längerer Zeit Zerstörungsakte gegen andersgesinnte Zeitungen. In der Nacht zum Mittwoch vernichteten SA-Leute in Hindenburg die Zeitungstafel der kommunistischen "Oberschlesischen Volksstimme", eine Tafel des sozialdemokratischen "Hindenburgischer Tageblattes", sowie eine Tafel des politisch neutralen "Oberschlesischen Anzeigers". Drei Täter wurden von der Polizei festgenommen. Sie hatten Mitgliedsausweise der NSDAP in der Tasche.

SPD. Bukarest, 15. Februar (Eig. Drahtb.)

Die Verhängung des Belagerungszustandes, der sich hauptsächlich gegen die Streikbewegung innerhalb der Petroleum- und der Eisenbahnerarbeiterschaft richtet, hat am Mittwoch die ersten bösen Folgen gehabt.

Am Mittwoch-Morgen trat die Belegschaft der Bukarester Eisenbahnwerkstätten wieder in den Streik. Etwa 4 000 Arbeiter verbarrikadierten sich im Laufe des Tages in den Werkstätten. Sie liessen niemand herein oder hinaus. Eine Arbeiterdelegation stellte der Leitung der Werkstätten eine Reihe politischer und wirtschaftlicher Forderungen, die jedoch abgelehnt wurden. Auf-

grund des Belagerungszustandes griff am Nachmittag der militärische Oberbefehlshaber von Bukarest ein, der die Werkstätten durch Militär umzingeln und Maschinengewehre in Stellung bringen liess. Um acht Uhr abends kam es dann zu einem Zusammenstoss zwischen der Arbeiterschaft und dem Militär. Die Soldaten eröffneten Maschinengewehrfeuer auf die Arbeiter, das angeblich mit Revolverschüssen von den Eingeschlossenen beantwortet wurde. Die Zahl der Opfer ist noch nicht bekannt.

Am Mittwoch sind in Rumänien zahlreiche Kommunisten verhaftet worden. Man spricht von mehr als 100 Verhaftungen. In Constanza wehrte sich ein bekannter Kommunistenführer gegen seine Festnahme. Bei dem Kampf erschoss er den Polizeikommissar, der ihn verhaften wollte. Dann tötete er sich selbst.

SPD. Genf, 15. Februar (Eig. Drahtb.)

Die Aussenminister von Jugoslawien, Rumänien und der Tschechoslowakei haben am Mittwoch die bisher bestehende Kleine Entente in ein Schutz- und Trutzbündnis mit einheitlichem internationalem Charakter und gemeinsamem Organ zur Wahrung aller politischen und wirtschaftlichen Interessen umgewandelt.

Diesem Beschluss gingen Besprechungen der drei Aussenminister voraus, in denen die allgemeine politische Lage Europas in Verbindung mit den Ereignissen der letzten Monate und Wochen geprüft wurden. Nach einem amtlichen Communiqué bestand vollkommene Einigkeit der Anschauungen. In der Waffenlieferungsaffäre von Hirtenberg nahmen die Aussenminister mit Befriedigung Kenntnis von dem Schritt Englands und Frankreichs. Ihre endgültige Entscheidung hängt von der Antwort Österreichs ab. Schliesslich wurde ein gemeinsames Vorgehen auf der Abrüstungskonferenz verabredet. Der Hauptgegenstand der Zusammenkunft war die Ausarbeitung eines Organisationsvertrags der Kleinen Entente entsprechend den Beschlüssen von Belgrad im Dezember vorigen Jahres. Zur Organisation des Friedens und zur Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen mit allen Staaten in Zentraleuropa haben die drei Aussenminister die notwendigen Massnahmen getroffen zur Umbildung der Kleinen Entente in eine vereinheitlichte internationale Organisation, die gegebenenfalls anderen Staaten offen stehen soll, unter noch zu vereinbarenden Bedingungen für jeden Einzelfall. Diese Massnahmen sind statutenmässiger, politischer und wirtschaftlicher Art. Statuarisch wurde beschlossen, als leitendes Organ für die gemeinsame Politik einen ständigen Rat der Kleinen Entente aus den drei Aussenministern zu bilden. Dieser Rat wird durch ein ständiges Sekretariat unterstützt werden, von dem eine Abteilung ständig in Genf tagen wird und durch einen Wirtschaftsrat für die fortschreitende Angleichung der Wirtschaftsinteressen der drei Staaten sowohl untereinander wie mit anderen Ländern. Der ständige Rat wird sich mindestens dreimal jährlich versammeln, und zwar der Reihe nach einmal in den drei Hauptstädten, das zweitemal in Genf während der Völkerbundsvollversammlung, das drittemal nach den politischen Bedürfnissen in einer jeweils zu vereinbarenden Stadt. Der Vorsitz wechselt jährlich unter den drei Aussenministern.

Um auch die Umbildung der Kleinen Entente in eine internationale Gemeinschaft mit juristischer Person zu präzisieren, haben die drei Aussenminister beschlossen, dass jeder politische Vertrag jedes der drei Staaten, jeder einseitige Akt, der die gegenwärtige politische Lage eines der Staaten der Kleinen Entente gegenüber einem dritten Staat ändert, sowie jeder Wirtschaftsvertrag, der wichtige politische Konsequenzen nach sich zieht, in Zukunft die einstimmige Zustimmung des Rates der Kleinen Entente haben muss. Ausserdem wurde beschlossen, dass die augenblicklich bestehenden politischen Verträge jedes Staates der Kleinen Entente mit dritten Staaten fortschreitend und so viel als möglich vereinheitlicht werden sollen, ferner, dass die gemeinsame Politik des ständigen Rates von den allgemeinen Prinzipien ausgehen soll, die in den grossen internationalen Akten der Nachkriegspolitik enthalten sind,

wie Völkerbundspakt, Kellogg-Pakt, Schiedsgerichtsabkommen, die etwaigen Abkommen über die Abrüstung und den Pakt von Locarno. Endlich wurde beschlossen, dass die Bündnisverträge zwischen Rumänien und der Tschechoslowakei vom 23. April 1921 und zwischen der Tschechoslowakei und Jugoslawien vom 31. August 1922, die am 21. Mai 1929 verlängert worden waren und durch die Dispositionen des vorliegenden Abkommens ergänzt sind, für eine unbegrenzte Zeit weiter erneuert sind.

Die drei Aussenminister haben ausserdem wichtige Entscheidungen getroffen über wirtschaftliche Fragen, die u.a. die Schifffahrt auf der Donau, die Eisenbahn, Luftfahrt, Post, Telegraphen und Telephonverbindungen betreffen, sowie die Entwirrung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den drei Ländern der Kleinen Entente. Ferner wurde beschlossen, dass die drei Regierungen sich an ihre Notenbanken wenden mit dem Zweck, einen gemeinsamen Plan des Vorgehens und der finanziellen Zusammenarbeit aufstellen zu lassen.

SPD. Darmstadt, 15. Februar (Eig. Drahtb.)
Die Sozialdemokratische Fraktion des hessischen Landtags beschäftigte sich am Mittwoch mit dem Plan, die verfassungsmässige hessische Regierung durch die Entsendung eines Reichskommissars ihres Amtes zu entheben. In einer öffentlichen Erklärung weist die Fraktion einen derartigen Versuch schärfstens zurück. Jeder Schritt gegen die Selbständigkeit Hessens und seine verfassungsmässigen Rechte wäre gleichbedeutend mit Verfassungsbruch.

In der Erklärung heisst es dann wörtlich: "Die wütenden Angriffe der Gegner auf die Minister Adelung und Leuschner, um sie mit allen Mitteln aus dem Amt zu drängen, bilden das höchste Lob für ihre Arbeit und den Beweis, dass sie als Minister an der Spitze des Freistaates Hessen, insbesondere in der Führung der staatlichen Verwaltung und als Organe der staatlichen Machtmittel ihre Pflicht getan haben. Allen Angriffen zum Trotz erklärt die sozialdemokratische Landtagsfraktion, dass sie sich niemals unter Druck setzen lassen wird. Sie empfindet es unter diesen Umständen besonders schmerzlich, dass entsprechend den schon Anfang Januar gefassten Beschlüssen Minister Leuschner dem Ruf der Gewerkschaften folgend am 1. April dieses Jahres aus der Regierung ausscheidet und seine Tätigkeit beim Bundesausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes im Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes antreten wird. Sie hat mit Bedauern davon Kenntnis genommen, dass diese Entscheidung nicht rückgängig gemacht werden kann, bringt jedoch zum Ausdruck, dass Minister Leuschner weiter seine Pflicht wie bisher in seinem Regierungsamt so tut, wie das die gesamte republikanische Bevölkerung Hessens von ihm erwartet."

SOD. Amsterdam, 15. Februar (Eig. Drahtb.)
Die zweite niederländische Kammer wurde am Mittwoch mit der Massgabe aufgelöst, dass die gegenwärtige Session mit dem 8. Mai beendet ist. Die Neuwahlen sollen am 26. April stattfinden.

SPD. Halle, 15. Februar (Eig. Drahtb.)
Von den am Sonntag in Eisleben von der SA schwerverwundeten kommunistischen Arbeitern sind der 21jährige erwerbslose Zimmermann Helm und der 30jährige erwerbslose Bergmann Schneider im Krankenhaus gestorben. Beide waren mit scharfgeschliffenen Spaten niedergeschlagen worden.

In Weissenfels sprach am Dienstag-Abend bei einer Kundgebung der Eisern-

nen Front der frühere Regierungspräsident v. Harnack aus Merseburg. Die in starker Zahl erschienene SA versuchte die Versammlung zu sprengen. Als die Polizei einen SA-Mann entfernen wollte, wurde sie mit Stuhlbeinen und Biergläsern von den Braunhemden angegriffen. Neun Polizisten und acht Nazis wurden verletzt. Später konnte die Versammlung ruhig zu Ende geführt werden.

SPD. Paris, 15. Februar (Eig. Drahtb.)

Die Finanzkommission des Senats hat am Mittwoch bei der Prüfung der Finanzvorlage, die von der Kammer gebilligte Krisensteuer auf alle Einkommen über 20 000 Francs einstimmig abgelehnt und an ihrer Stelle gemäss dem ursprünglichen Regierungsentwurf eine einmalige Herabsetzung der Beamtgehälter um fünf Prozent beschlossen. Die Jahresgehälter bis zu 7 000 Francs werden von dieser Kürzung verschont bleiben. Die hohen Gehälter sollen dagegen um sieben bis acht Prozent gesenkt werden. Auch die Bestimmungen über die Herabsetzung der Zulagen sind geändert worden. Die Kammer hatte beschlossen, dass die Kürzungen von einer Kommission festgesetzt werden und die einzusparende Summe 500 Millionen Francs betragen solle. Die Finanzkommission des Senats hat dagegen eine 10 prozentige Kürzung aller Zulagen mit Ausnahme der Familienzulage beschlossen.

Das Kartell der Beamtengewerkschaften hat bereits in einem Brief an den Ministerpräsidenten gegen die beabsichtigte Kürzung protestiert. In dem Schreiben heisst es, dass die Beamten den Angriffen, die gegen ihre Würde und ihre materiellen Interessen entfesselt sind, mit allen Mitteln Widerstand leisten würden.

SPD. Zu dem neuen Verbot des "Vorwärts" und seiner Begründung übergibt der Chefredakteur des "Vorwärts", Abg. Stampfer, der Öffentlichkeit folgende Erklärung:

"Die Behauptung, meine Darstellung der Eislebener Ereignisse stehe im Widerspruch zu amtlichen Berichten, würde an sich ein Zeitungsverbot noch nicht rechtfertigen. Sie ist aber auch irrig. Der amtliche Bericht vom 13. Februar aus Halle a/Saale behauptet keineswegs, dass die Schüsse, die von Kommunisten abgegeben wurden, dem Sturm auf das "Klassenkampf"-Haus vorausgegangen seien. Dass von Kommunisten geschossen wurde, habe ich nicht bestritten. Ich habe nur behauptet, dass diese Schüsse erst abgegeben wurden, nachdem der Sturm der Nationalsozialisten begonnen hatte. Der amtliche Bericht lässt diese Frage offen.

Ich bin auf Grund gewissenhafter Nachforschungen, die ich an Ort und Stelle vorgenommen habe, zu der Ueberzeugung gekommen, dass nicht die Kommunisten, sondern die Nationalsozialisten die Angreifer waren. Mir ist auch bis heute nichts bekannt geworden, was geeignete wäre, diese Ueberzeugung zu erschüttern. Schon allein die feststehende Tatsache, dass die Kommunisten zur Stunde des Zusammenstosses einen Kindernachmittag veranstalteten, spricht gegen ihre Angriffsabsichten. Denn die Behauptung der nationalsozialistischen Presse, die Kommunisten hätten ihre Kinder eigens mitgebracht, um sie bei dem geplanten Feuergefecht als Brustwehr zu gebrauchen, hat wohl doch keine innere Wahrscheinlichkeit."

Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Donnerstag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850.

Aus aller Welt

Der Gelehrtschreibtisch.

Neues aus der Wissenschaft

SPD. Der Seidenstrumpf hält die Wissenschaft in Atem. Professor Dr. Hermann Mark von der Universität Wien sprach vor der Kaiser Wilhelm-Gesellschaft zu Berlin über neu bestimmte Eigenschaften des Rohstoffes, aus dem die Kunstseidenstrümpfe hergestellt werden. Wer möchte dem Faden, der nur der Schwellung des Beines nachgibt, zutrauen, dass er es an Reissfestigkeit mit harten Metallen aufnehmen kann! Der seidige Faden aus Cellulose, der Grundstoff des Kunstseidengewebes, reisst erst, wenn seine Oberfläche mit 100 bis 130^{kg} beschwert ist. Er übertrifft damit den besten Edelstahl.

+

Der Uhi ist ein beachtetes, aber noch lange nicht genug erkanntes Tier. So muss er es sich gefallen lassen, dass die Wissenschaft noch die Reste seiner Mahlzeiten durchforscht, um ein möglichst vollständiges Bild von seiner Lebensweise zu gewinnen. Wie Detektive sichteten, ordneten und bestimmten zwei Forscher die Knochenreste, die sie unter einem Uhuhorst 2000 Meter hoch im Tiroler Zillertal fanden. Die Frage war, ob solch Alpenvogel vom menschlichen Standpunkt aus als schädlich anzusehen ist oder nicht. Unter den gefundenen Resten von 800 Beuteltieren waren vertreten: 3 Maulwürfe, 5 Spitzmäuse, 22 Wiesel, 16 Hasen, 685 Wühlmäuse, ferner 15 echte Mäuse, 1 Eichhörnchen, schliesslich 19 Vögel, unter ihnen 9 Schneehühner, eine Birkhenne, eine kleine Eule, 1 Turmfalk, eine Rabenkrähe. So nebenbei, aus Futtermangel, vertilgt das Tier 28 Grasfrösche. Der Jäger wird die Stirn runzeln, wenn er auf diesem Speisezettel Hasen und Hühner liest. Die Rechnung ergibt aber, dass sie nur 3,8 %, also verhältnismässig wenig, in der Gesamtnahrung darstellen. Mit vollen 90 % sind allein die Mäuse vertreten. Auch wird der Jäger schon der 22 Wiesel wegen dem Uhu Verzeihung gewähren. Dies Raubzeug und seine Nachkommen hätten viel mehr jagdbare Tiere umgebracht, als der grosse Uhu für sich in Anspruch nahm.

+

In der Hautklinik der Medizinischen Akademie Düsseldorf studierte man die zuweilen bei Kälteüberempfindlichen auftretenden Schockzustände. Es gibt Menschen, die von Erkrankungen befallen werden, sobald grössere Teile ihrer Haut von Kältereizen getroffen werden. In leichteren Fällen werden eigentümliche "Kälte-Ausschläge" und Atembeschwerden beobachtet, in ernsteren treten Schwindel, Unwohlsein, selbst Ohnmachtsanfälle auf. Unter "Kälte" sind in diesem Zusammenhang nicht etwa erst eisige Temperaturen zu verstehen. Oft genügen Temperaturen von wenig unter 20 Grad Wärme, um Erkrankungen auszulösen. Wer unter der Dusche im Badezimmer Kälteausschlag oder eines der anderen genannten Zeichen wahrnimmt, sollte nur unter Vorsichtsmassnahmen kalt baden oder es ganz lassen.

+

Werden die Verbrecher brutaler? Sind sie in den letzten Jahrzehnten gewalttätiger geworden? Wer könnte zur Beantwortung dieser Fragen geeigneter sein als Edward P. Mulrooney, seit 36 Jahren Polizeibeamter des Staates New York, also ein gründlicher Kenner der amerikanischen Verbrecherwelt. Kenner

unserer Verbrecher mögen entscheiden, ob die drüben gemachten Beobachtungen auch auf die alte Welt zutreffen. Mulrooney sieht den Hauptunterschied des Verbrechers von einst und jetzt darin, dass jener das dritte Jahrzehnt des Lebens überschritten hatte, während heute rund dreiviertel aller Leute, die in New York eines schweren Verbrechens wegen verhaftet werden, nur 17 bis 22 Jahre zählen, jene älteren waren geduldig. Monatelang bereiteten sie ihren grossen, meist auf Bargeld gerichteten Schlag vor. Stiessen sie auf Widerstand so wehrten sie sich mit sandgefüllten Säckchen. Sie verursachten eine Beule, allenfalls eine mehrstündige Bewusstlosigkeit. Morde, damals ziemlich selten, waren meist auf Wut und Rache zurückzuführen oder wurden im Rausch verübt. Der Verbrecher von heute handelt im Tempo der Zeit. Er benutzt ein Auto, trägt eine Schnellfeuerwaffe in der Tasche und ist nur zuleicht bereit, zur Erreichung eines von heute auf morgen erwählten Zieles die mörderische Schusswaffe zu gebrauchen.

S.J-y.

+ + +
Vorschusslorbeeren. Der Schulvorstand von Grossfriedrichsdorf hat beschlossen, der neuerbauten Gemeindeschule den Namen "Adolf-Hitlerschule" zu geben. Wilhelm II. wird vor Neid erblassen, und Pestalozzi, Fichte, Humboldt, Goethe, Schiller oder Lessing sind tot!

+ + +
Rettungslohn nach 127 Jahren. Ein Rheinländer aus Koblenz, Franz Spohn, diente einst in der Leibgarde Napoleons I. In der Schlacht bei Austerlitz rettete er durch seine Geistesgegenwart dem französischen Kaiser das Leben. Zum Dank setzte ihm der Gerettete eine für die damaligen Zeiten sehr hohe Lebensrente von jährlich 500 Francs aus, mit der Bestimmung, dass diese Rente für alle Zeiten den männlichen Erben von Franz Spohn ausbezahlt wird. Ein solcher Erbe lebt heute noch in Koblenz. Er hat jetzt seinen 75jährigen Geburtstag gefeiert und feiert Louis Garvin. Jedes Jahr kassiert er 500 Francs, die ihm der französische Staat ausbezahlt.

+ + +
Der Bock als Gärtner. Als Vorspiel zum Prozess gegen die Berliner Autoschieber Erban und Genossen hat in der Reichshauptstadt eine Gerichtsverhandlung begonnen gegen den 55jährigen Kriminalassistenten Paul Lange und dessen Ehefrau, sowie gegen die Frau des immer noch flüchtigen Autohehlers Erban. Erban und seine Komplizen haben die Mehrzahl der zahllosen Berliner Autodiebstähle veranlasst, hunderte von gestohlenen Wagen verschoben und zumeist in Holland verkauft.

Die Anklage gegen Frau Erban lautet auf Verschlebung von beschlagnahmten Vermögenswerten. Der seit 1907 im Polizeidienst tätige Lange und seine Frau sollen der Beihilfe schuldig sein. Bei der Vernehmung stellte sich heraus, dass Lange einer der Polizeibeauftragten war, die Erban und seine Diebes- und Hehlerbande verfolgen sollte. Lange war jedoch mit dem Kaffeehausbesitzer Erban und dessen Frau eng befreundet. Lange wusste sogar den Aufenthalt des steckbrieflich verfolgten Hauptes der Bande. Wahrscheinlich war er es, der Erban von jedem Schritt der Polizei benachrichtigte. Es dauerte lange, bis der Polizei ein Licht aufging, dass sie mit Lange den Bock zum Gärtner gemacht und ihn entlarvt hatte. Lange hat eingestanden, von dem Autogeschäft Erbans gewusst und auch 3 000 Mark für Erban aufbewahrt zu haben.



Pleite in Michigan.

----- Rückwirkungen auf die Weltwirtschaftskrise?

SPD. Das über den nordamerikanischen Bundesstaat Michigan verhängte Bankenmoratorium erstreckt sich auf nicht ganz 600 Banken, die immerhin einen Einlagenbestand von etwa 6 Milliarden Mark haben. Man glaubt, vorläufig mit 8 Bankfeiertagen auszukommen; allerdings setzen sich bereits Lockerungen des Zahlungsverbots durch. So soll kleinen Sparern während der 8 Feiertage 5 % ihrer Guthaben ausbezahlt werden. Auch haben die grossen Industriefirmen die Barzahlung der Arbeiterlöhne versprochen.

In Michigan herrschen gegenwärtig die gleichen Zustände wie bei uns im Sommer 1931, als die Danatbank ihre Schalter schloss und andere Grossbanken, wie die Dresdnerbank, ihre Unfähigkeit eingestehen mussten, die Auszahlungen weiter durchzuhalten. Wir wissen, dass der Schluss der Danatschalter jene Verschärfung der Wirtschaftskrise nach sich zog, deren Ende auch heute noch nicht abzusehen ist und die von den deutschen Faschisten dem sogenannten Marxismus in die Schuhe zu schieben versucht wird, obwohl die Ursache eindeutig bei der grosskapitalistischen Misswirtschaft liegt. Man fragt sich heute, ob aus der Pleite in Michigan ähnliche Auswirkungen hervorgehen werden. Für die Entwicklung der ganzen Weltwirtschaftskonjunktur ist das eine wichtige Frage. Das müde Europa, das unter der Herrschaft eines irrsinnigen Protektionismus und im Zeichen der politischen Reaktion immer mehr der wirtschaftlichen Passivität verfällt, hat - das kann nicht mehr geleugnet werden - seine ganze Hoffnung auf die Weltwirtschaftskonjunktur und auf eine wirtschaftliche Ankurbelung in den Vereinigten Staaten von Nordamerika gesetzt. Werden die spärlichen Anzeichen einer wirtschaftlichen Besserung in Nordamerika durch eine Verschärfung der Krise weggewischt, dann müssen die Folgen Europa ebenso wie Nordamerika treffen.

Solche Dinge, wie wir sie gegenwärtig im Staate Michigan erleben, pflegen sich in der Regel auf die internationalen Börsen auszuwirken. Soweit die Berliner Börse in Frage kommt, muss man feststellen, dass die Stimmung im Anfang der Börsenzeit recht schwer unter den amerikanischen Ereignissen litt. Dann aber setzte sich in der Berliner Börse am Mittwoch jener Optimismus wieder durch, der unter allen Umständen eine Hausse haben will und diese Hausse am Mittwoch zur Abwechselung einmal mit dem sehr einfältigen Argument begründete, dass nach der Pleite in Nordamerika es in der Welt offenbar wäre, dass das sicherste Land für Geldanlagen wieder Deutschland sei. Wir wollen es dahin gestellt sein lassen, ob die Väter dieses Arguments selbst an ihre Argumentation glauben; immerhin war die Berliner Börse zum Schluss fest und optimistisch.

Was aber nichts besagen will. Sicherlich, die Dinge um die Pleite im Staate Michigan liegen schwer, aber für ein Land wie Amerika mit seinen unheimlich starken Reserven keineswegs hoffnungslos. Was ist in Michigan passiert? Eine immerhin umfangreiche Bank, die Union Guardian Trust Company, ist zahlungsunfähig geworden. Sie hat sich während der letzten Jahre anscheinend in der Bau- und Bodenspekulation betätigt, die mit der Industrialisierung des Staates

Michigan, besonders durch die grossen Autotruster (Ford, General Motors, Chrysler), aus den Boden schoss. Diese Spekulation ist mit dem Versacken der nordamerikanischen Bodenpreise zusammengebrochen. Die Bank kann schwer Zinsen noch Kapital herein bekommen. So wurde die bekannte Stützungsaktion fällig. Hierbei scheint es zu Auseinandersetzungen zwischen den Grossaktionären gekommen zu sein. Grossaktionäre sind z.B. die Fords, Vater und Sohn, Henry und Edsel Ford. Sie sollen bereits rund 30 Millionen Mark für die Stützung der Union Guardian Trust Company beigesteuert haben. Sie waren aber nicht dazu bereit, ihre Guthaben zur Befriedigung der kleinen Sparer zur Verfügung zu stellen. So ging die Bank, die man, nicht ganz mit Unrecht als Hausbank des Fordkonzerns anspricht, über Bord; immerhin mit Erschütterungen, die der Bundesregierung in Michigan geraten sein liessen, ein Bankenmoratorium zu verhängen. Demnach muss der Run unter den Sparern in Michigan sehr gross sein.

Es ist nicht zum ersten Mal während der gegenwärtigen Krise, dass nordamerikanische Bundesstaaten mit einem Bankenmoratorium beglückt worden sind. Es hat sich aber dabei um kleine, rein agrarische Staaten gehandelt. Michigan aber ist ein hochindustrieller Staat, in dem vor allem die wichtigen nordamerikanischen Autotruster sitzen. Es mag sein, dass gerade deshalb die rund 600 Banken des Staates Michigan besonders ausgehöhlt sind, weil es der nordamerikanischen Autoindustrie in den letzten Jahren ebenso schlecht gegangen ist wie der Autoindustrie anderer Länder. Es mag aber auch sein, dass das fortwährende Reden von einer Dollarinflation und von kostspieligen agrarischen Stützungsprojekten die Sparer gegenwärtig äusserst misstrauisch gemacht hat. Wir halten das letztere für ausschlaggebend. Daher erklärt es sich auch, dass die Bundesreservebanken in Nordamerika, die, grob genommen, der Deutschen Reichsbank entsprechen, alle Anstrengungen machen, um den Bankenapparat in Michigan wieder in Gang zu bringen. Man spricht von Summen in Höhe von einigen hundert Millionen Mark, die der Bankwirtschaft in Michigan zur Verfügung gestellt werden sollen.

Das Ziel ist natürlich, das Ueberspringen des Runs auf die anderen nordamerikanischen Banken zu verhüten. Ob das gelingt oder nicht, das ist die banale Frage. Gelingt es nicht, was trotz aller reichen Reserven der amerikanischen Wirtschaft möglich ist, dann braucht man noch nicht sofort an Rückwirkungen auf die bevorstehenden Schuldenverhandlungen und die Weltwirtschaftskonferenz zu denken. Andere Auswirkungen werden sich unangenehm genug bemerkbar machen. Wir neigen zu der Auffassung, dass Amerika, ob mit oder ohne Run, vor einer neuen Vertrauenserschütterung steht, die sich vor allem auf die amerikanische Rohstoffwirtschaft (Weizen, Baumwolle usw.) auswirken wird. Die amerikanische Rohstoffwirtschaft ist aber ein Sektor, mit dem die Vereinigten Staaten von Nordamerika weit in die grossen Weltmärkte hinein reichen, von denen man annimmt, dass erst mit ihrer Besserung sich eine Besserung in der gesamten Weltwirtschaft vollziehen kann. Aus diesen Ueberlegungen heraus möchten wir die Ereignisse in Michigan etwas folgenschwerer beurteilen als z.B. die Berliner Börse.

SPD. Der Vorgänger des Herrn Hugenberg im Landwirtschaftsministerium, Freiherr von Braun, hat mit seinen Bestrebungen, die Getreidepreise höher zu treiben, nur wenig Erfolg gehabt. Das fortwährend steigende Angebot der Landwirtschaft, die die Freigebigkeit der Reichsregierung im Sinne des Wohlfahrtsstaats und im Sinne von Subventionen kräftig ausnutzte, drückte trotz aller Stützungen der Regierung mit Steuergeldern auf die Getreidepreise, die aber immer noch weit überhöht und überteuert sind. Nun will Herr Hugenberg neue Mittel anwenden, um die Getreidepreise nach oben zu treiben.

Zunächst denkt man im Landwirtschaftsministerium daran, den teuer eingekauften Weizen rot anzustreichen und ihn als verbilligtes Hühnerfutter abzugeben. Inwieweit dem Hühnerhalter, der bisher ein Stiefkind der Agrarpolitik der Rechtsregierung war, dadurch geholfen wird, hängt von dem Preis dieses Eosinweizens ab. Wird der Preis nicht genügend gesenkt, dann hat er nichts von dieser ganzen Weizenaktion des Reichslandwirtschaftsministers.

Interessant ist der andere Plan des Reichslandwirtschaftsministers, die Preise durch Getreideexport und Einfuhrscheine hoch zu treiben. Man ist also im Landwirtschaftsministerium wieder auf die Einfuhrliebeshgaben verfallen, die aber naturnotwendig mit einer Verschleuderung deutschen Getreides nach dem Ausland verbunden sind.

Wenn der Reichslandwirtschaftsminister Hugenberg durch Einführung der Einfuhrscheine und durch Getreideexport den deutschen Getreidemarkt entlasten und die deutschen Getreidepreise weiter in die Höhe treiben will, dann muss der Staat die Differenz zwischen den höheren deutschen Getreidepreisen und den Auslandspreisen dem Landwirt schenken. Anders ist ein Export überhaupt nicht möglich. Geschenkt werden soll aber durch den Einfuhrschein, der in der Praxis eine Zollverbilligung ist und dazu benutzt wird, bei der Einfuhr von Waren nach Deutschland Zölle zu bezahlen. Dabei kommt der Reichsfinanzminister aber zu kurz und der Reichsfinanzminister wendet mit Recht gegen derartige Pläne ein, dass eine solche Aktion zu Lasten des Reiches geht, da ja die Reichskassen auf Zoll verzichten müssen. Die in Frage kommenden Summen werden faktisch bei dieser Art von Getreideexport dem Ausland geschenkt. In diesem Dilemma scheint man sich wie folgt helfen zu wollen: Das Reich will neue Zölle schaffen. Den Verlust dieser Zölle spürt der Reichsfinanzminister nicht, weil sie bisher ja noch nicht da waren. Aber das Volk wird diese neuen Zölle spüren. Man will nämlich neue, bzw. höhere Zölle für Oelseen, die man bei der Margarinefabrikation benutzt, und für Oelkuchen, die in bäuerlichen Betrieben verfüttert werden, einführen. Aus diesen neuen Zolleinnahmen sollen die Einfuhrscheine bzw. der Getreideschleudereport nach dem Ausland finanziert werden. Die Folgen liegen auf der Hand: Man verteuert einmal dem Bauer die Fütterungskosten weiter und verschärft die Krise in der Bauernschaft; des anderen wird dem Volke die Margarine verteuert. Dazu kommt natürlich die Verteuerung für Getreide, Mehl, und Brot, nachdem die Schmalzverteuerung sich schon auszuwirken beginnt. Alles zu Ehren einer bankrotten Landwirtschaft, die es verstanden hat, die politische Macht in Deutschland an sich zu reißen!

SPD. Die neue Vollstreckungsschutzverordnung des Kabinetts Hitler, die am Mittwoch veröffentlicht worden ist, beweist eindeutig und klar, dass der Reichslandwirtschaftsminister Hugenberg die agrarpolitischen Dinge bestimmt und zwar durchaus in Uebereinstimmung mit den Forderungen des grossagrarischen Reichslandbundes. Reichskanzler Hitler hat inzwischen in einer Rundfunkrede betont, dass er zuerst der Landwirtschaft helfen wolle. Damit hat er wohl auch den deutschen Bauer gemeint. Wie aber dem deutschen Bauer angesichts des gegenwärtigen agrarpolitischen Kurses in der Reichsregierung wirklich geholfen werden soll, ist uns unerfindlich.

Die neue Vollstreckungsschutzverordnung bestimmt, dass bis zum 31. Oktober 1933 jeder landwirtschaftliche Schuldner grundsätzlich vor der Vollstreckung geschützt ist, während bis jetzt das Gericht nur auf Antrag des Schuldners das Vollstreckungsverfahren unter bestimmten Bedingungen einstellen konnte. Nach der neuen Notverordnung kann nur der Gläubiger unter bestimmten Bedingungen die Vollstreckung beantragen, im wesentlichen nur dann, wenn es sich um Zinsen und regelmässige Tilgungsbeträge auf ersten Hypotheken und

um neuere Betriebskredite handelt. Aber auch in diesen Fällen ist der Vollstreckungsschutz unter besonderen Umständen - bei Unwetter, Viehseuchen oder wesentlichem Rückgang der Erlöse - einzustellen. Im übrigen war bisher das bewegliche Vermögen des Landwirtes nur soweit vor der Vollstreckung geschützt, als es zur Fortführung des Betriebes unerlässlich war. Jetzt wird das ganze Betriebsvermögen, auch der Hausrat des Landwirtes und seiner Familie, mit Ausnahme von Luxusgegenständen, unter Schutz gestellt.

Praktisch bleibt überhaupt kein pfändbares Objekt mehr übrig. Auch die bankrotten Osthilfebetriebe werden mit einer weiteren Schutzmauer umgeben. Osthilfebetriebe, die bis jetzt wegen Sanierungsunfähigkeit aus dem Sicherungsverfahren entlassen waren d.h. zur Zwangsvollstreckung kommen konnten, sollen erst dann unter den Hammer kommen, wenn die Entschuldungsstelle die Betriebe noch einmal geprüft und die Aussichtslosigkeit der Entschuldung bescheinigt.

Das ist die neue Notverordnung. Wird sie der Landwirtschaft, besonders dem Bauer, wirklich Hilfe bringen? Wir verneinen das. Soweit es sich um landwirtschaftliche Betriebe handelt, die lebensunfähig sind und die doch früher oder später der Krise zum Opfer fallen müssen, wird die neue Verordnung bei den Besitzern gutes Wahlwetter machen. Als Wahlspeck ist die ganze Verordnung ja auch gedacht. Aber der Landwirt, der seinen Betrieb in Ordnung hat, wird weiter denken. Er wird die Kehrseite dieser neuen Notverordnung entdecken. Wer wird heute noch einem landwirtschaftlichen Betrieb Kredit geben? Allorts wird darüber geklagt, dass eine Kredithergabe an die Landwirtschaft unter solchen Notverordnungen einfach unmöglich ist. Auch der Landwirt, der gut wirtschaftet, wird davon betroffen. Seine Kreditwürdigkeit verschlechtert sich. Der Kreditstrom nach der Landwirtschaft wird abgesperrt. So muss die Landwirtschaft früher oder später glatt versacken.

Betroffen wird von der neuen Notverordnung auch das Kleingewerbe, der kleine Händler, vor allem der kleine Handwerker auf dem Dorf, der der Landwirtschaft pumpen muss, wenn er Arbeit haben will. Wie werden sie angesichts solcher Notverordnungen zu ihrem Gelde kommen? Der Staat verweigert ihnen seinen Rechtsschutz. Die Sicherheit der Bezahlung fehlt. Damit kann sich kein Geschäft entwickeln.

Unnötig zu betonen, dass die Siedlung, die Besiedelung des menschenleeren Ostens, durch die neue Notverordnung gehemmt wird. Das ist natürlich. Wer mit den Junkern verbündet ist, kann nur die Siedlung hemmen, aber nicht fördern. Der Schutz für die bankrotten Grossbetriebe ist weiter ausgebaut worden. Damit wird das zur Siedlung reife Land der Siedlung gesperrt. Der Regierung verbleibt die Aufgabe, uns das Kunststück vorzumachen, ohne Land zu siedeln. Vielleicht wird das den Herren vom Dritten Reiche gelingen. Dabei könnten sie dann agrarpolitisch einmal zur Geltung kommen.

*SPD. Die Hamburger Grossfirmen, die sogenannten Grosspacker, die sich mit der Einfuhr von Schmalz nach Deutschland beschäftigen, haben in den letzten Tagen nach Feststellungen der "Fettzeitung" die steigende Nachfrage nach Schmalz zu einer Erhöhung der Preise um 5 Dollar, also über 20 Mark pro Doppelzentner, ausgenutzt. Der gegenwärtige Verkaufspreis bei den Grosspackern in Hamburg beträgt 12 $\frac{1}{2}$ Dollar, wozu der erhöhte Schmalzzoll von 50 Mark kommt. Vorläufig verkaufen natürlich die Firmen Schmalz, das noch zu dem alten Satz von 12 Mark verzollt worden ist. Sie machen ein gutes Geschäft dabei. Von der Schmalzzollerhöhung haben erst einmal die Grossspekulanten Nutzen. Auf Grund der Preisbildung bei den Grosspackern in Hamburg sind von den 40 Mark, um die der Schmalzzoll durch die Regierung Hitler höht worden ist, glatt 20 Mark auf die Konsumenten abgewälzt worden. Mit der Verknappung der Be-

stände, die noch zu den alten Zollsätzen hereingekommen sind, muss man mit einer weiteren Abwälzung des Zolles auf die Konsumenten rechnen.

In Berlin sind binnen einer Woche in den meisten Geschäften die Kleinhandelspreise für Schmalz um 10 Pfennig pro Pfund gestiegen.

Um 2 bis 3 Mark höher.

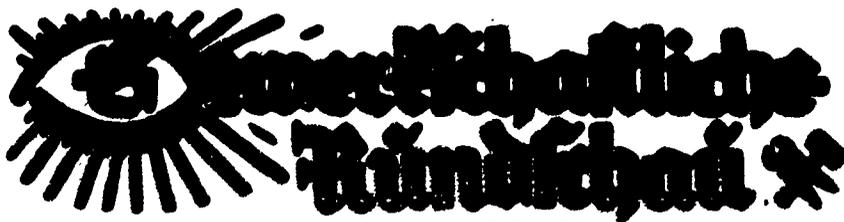
(Berliner Getreidebörse vom 15. Februar.)

SPD. Die Berliner Getreidebörse hat auf die sogenannte Abrundung des Vollstreckungsschutzes stark reagiert. Die Preise für Promptweizen sprangen um ungefähr 3 Mark. Auch auf dem Lieferungsmarkt konnten die Weizennotierungen stärker anziehen. Dagegen profitierte Roggen von der neuen Hausse nur am Lieferungsmarkt, aber auch hier nur infolge Eingreifens der Stützungsstellen. Die Promptpreise blieben unverändert. Man rechnet mit stärkerer Zurückhaltung der Landwirtschaft im Angebot, da man annimmt, dass die Landwirtschaft zunächst die neuen Massnahmen des Reichslandwirtschaftsministers Hugenberg zur Erhöhung der Getreidepreise abwarten will.

	14. Febr.	15. Febr.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	188 - 190	191 - 193
Roggen	154 - 156	154 - 156
Braugerste	165 - 175	165 - 175
Futter- und Industrierogerste	158 - 164	158 - 164
Hafer	114 - 117	115 - 118
Weizenmehl	22,50 - 25,75	22,75 - 25,90
Roggenmehl	19,50 - 21,50	19,75 - 21,75
Weizenkleie	8,00 - 8,30	8,00 - 8,30
Roggenkleie	8,60 - 8,90	8,60 - 8,90
<u>Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte:</u> Weizen März 207½ - 208½ - 208 (205), Mai 210 - 211½ - 210¾ (208¾). Roggen März 167 - 167½ (165½), Mai 170 - 171 - 170½ (168). Hafer März 125 - 126 (123¾), Mai 128½ - 129½ (-).		

SPD. Die deutsche Baumwollindustrie (Gesamtverband deutscher Baumwollwebereien) berichtet für den Monat Januar, dass sich die Abnehmer im grössem Ausmass bei Erteilung von Aufträgen zurückgehalten hätten, obwohl der Monat Januar sonst ein guter Verkaufsmonat zu sein pflegt. In einzelnen Betrieben, die in den letzten Monaten des Jahres verstärkt gearbeitet hatten, wurden bereits wieder Einschränkungen vorgenommen.

SPD. Preisnotierungen für Eier. Die notierten Preise sind Abgabepreise in Rpf. an den Grosshandel ab Waggon oder Lager Berlin nach Berliner Usancen. (Festgestellt von der aml. Berl. Eiernotierungskommission am 13. II.) A. Inlandseier: 1. Deutsche Handelsklasseneier: a. E1 (vollfr. Eier) Sonderklasse 65 g und darüber 10,50, Grösse A unter 65-60 g 9,50, Gr. B unter 60-55 g 9,25, Gr. C unter 55-50 g 8,50, Grösse D unter 50 g 7; b) G2 (frische Eier): Sonderklasse 10, Gr. A 9, Gr. B 8,75, Gr. C 8. a. Deutsche sortierte Eier: a) vollfrische Sonderklasse 10,25, Gr. A 9,25, Gr. B 9. 3. Deutsche unsortierte Eier 8,50 - 9. 4. Deutsche abweichende, kleine, mittlere und Schmutzeier 6.50.



Die Katze im Sack.

SPD. Das deutsche Volk soll wählen. Wenn man recht hört, soll es sogar für lange Zeit zum letzten Mal wählen. Die Bedeutung der Wahl ist also ganz gewiss gross genug. Trotzdem hält es die Reichsregierung nicht für nötig, der Öffentlichkeit etwas genauer und etwas klarer zu sagen, wie sie die Wirtschaftsnot zu meistern gedenkt. Ein Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung ist, wie selbst in der Rechtspresse mit einigem Kummer festgestellt werden muss, bisher noch nicht bekannt geworden. Der Wahlkampf wurde von den Prominenten des neuen Kurses mit einigen schwungvollen Reden eingeleitet, aber auch diese Reden brachten keine Klarheit über die Frage der Fragen: über den Weg, der zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit beschritten werden soll. Merkwürdig berührt besonders die Tatsache, dass die Regierung nicht einmal über die Arbeitsdienstpflichtpläne Klarheit gibt. In dem Aufruf der Reichsregierung heisst es ausdrücklich, zu den Grundpfeilern des wirtschaftlichen Reorganisationsplans gehöre der Gedanke der Arbeitsdienstpflicht. Wenn das so ist, dann will die Öffentlichkeit nicht wissen, was der oder jener Fachbearbeiter der NSDAP, was ein Oberst a.D. Hierl oder sonst jemand über die Arbeitsdienstpflichtfrage zu sagen hat. Die Öffentlichkeit will wissen, was die Regierung will.

Will die Regierung erst nach den Wahlen etwas genauer sagen, wie sie sich die weitere Gestaltung des Arbeitsdienstes vorstellt? Oder hat sie selber noch keine klare Vorstellung von dem, was eigentlich werden soll. Allem Anschein nach geht es den neuen Herren genau so wie anderen Sterblichen: "leicht bei einander wohnen die Gedanken, doch hart im Raume stossen sich die Sachen." Die Durchführung der Lieblingsidee ist sicherlich etwas schwieriger als das Reden über diese Idee. Stockt man schon bei dem ersten Schritt, den man zur Durchführung unternehmen möchte?

Bis jetzt ist absolut nicht zu erkennen, woher der Riesenbatzen Geld genommen werden soll, den die Durchführung der Arbeitsdienstpflicht erfordern würde. Ungefähr eine halbe Milliarde wäre notwendig. Der Gauleiter der NSDAP für Mecklenburg Reichstagsabgeordneter Hildebrandt erklärte vor einigen Tagen auf einer nationalsozialistischen Kundgebung, die neue Regierung werde die Arbeitsdienstpflicht für Jugendliche im Alter von 19 bis 21 Jahren einführen. Berufet man aber nur die 19- bis 21-Jährigen ein, so wären das schon 617 200 Mann, von denen jeder nach den Erfahrungen des Freiwilligen Arbeitsdienstes das Jahr über mindestens 1 000 Mark kostet; denn viel billiger als der FAD kann die Arbeitsdienstpflicht auch nicht sein. Wo soll die halbe Milliarde herkommen? Nach wie vor ist auch absolut nicht zu sehen, wie die durch den Arbeitsdienst und noch viel mehr durch die Arbeitsdienstpflicht zwangsläufig entstehenden Schädigungen der Wirtschaft vermieden werden sollen. In der Unternehmerpresse wird nachdrücklich darauf aufmerksam gemacht, dass die Arbeitsdienstpflicht unter allen Umständen der freien Wirtschaft Konkurrenz machen werde; ja es sei sogar wahrscheinlich, dass die geplanten Eingriffe die Konjunktur nicht fördern, sondern schwächen. Jedenfalls werde die Arbeitsdienstpflicht unter allen Mitteln der Arbeitsbeschaffung das kostspieligste

sein.

Die Bevölkerung hat ein Recht darauf, klar gesagt zu bekommen, wohin die Reise geht. Kann man die Arbeitsdienstpflicht nicht durchführen, dann soll man es sagen. Kann und will man sie durchführen, dann soll man Klarheit schaffen. Das Volk kann doch nicht bei der Wahl die Katze im Sack kaufen.

SPD. Als es Zeit war, an der materiellen und geistigen Festigung des Tarifgedankens mitzuarbeiten, wussten die Kommunisten nichts Besseres zu tun, als jeden Tarifvertragsabschluss mit ihrem "Verrat"-Geschrei zu begleiten. Nun hat sich der sogenannte "Industrieverband für das Baugewerbe" - ein Ueberbleibsel des seinerzeit von den Kommunisten gegründeten Verbandes der angeblich ausgeschlossenen Bauarbeiter Deutschlands - mit einem Schreiben an den Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe gewandt, worin er bittet, an den Verhandlungen teilnehmen zu dürfen. Sieben Tage später hat die "revolutionäre" Organisation auch Zeit gefunden, dem Deutschen Baugewerksbund mitzuteilen, dass sie bereit sei, an den Verhandlungen teilzunehmen und dem entsprechende Anträge bei den Unternehmerverbänden gestellt habe.

In dem Schreiben an den Baugewerksbund wird von der "geschlossenen Abwehrfront" gesprochen. Eine geschlossene Abwehrfront wird von Leuten gefordert, die bisher von der Aufrechterhaltung der Spaltung der Bauarbeiterfront lebten! Wenn ihre Sehnsucht nach der gemeinschaftlichen Abwehrfront ehrlich und aufrichtig ist, und wenn ihre Anerkennung des Tarifvertragsgedankens ebenso ehrlich ist, dann bleibt ihnen nichts anderes übrig, als ihre Splitterorganisation so schnell wie möglich aufzugeben und zur grossen Gewerkschaftsfront zurückzukehren.

SPD. Die Vorverhandlungen der Tarifparteien des Buchdruckgewerbes sind augenblicklich unterbrochen. Am 20. Februar soll die Aussprache über die Anträge zu den Druckerbestimmungen abgeschlossen werden. Danach kommen die noch verbliebenen Anträge für die Sonderbestimmungen der Maschinensetzer an die Reihe, und alsdann will man die Einzelanträge zum Ortszuschlagsverzeichnis erledigen.

Bei all diesen Beratungen handelt es sich nur um unverbindliche Teilarbeiten im Rahmen der gesamten Tarifverhandlungen, die infolge der beiderseitigen Kündigung des Manteltarifs im März aufgenommen werden müssen.

SPD. Der Lohnabbauwahnsinn treibt unter dem Regime der Harzburger Front neue Blüten. Der Verband Schlesischer Metallindustrieller fordert eine neue Kürzung der mehr als kärglichen Stundenlöhne um anderthalb bis viereinhalb Pfennig. Die Akkorde sollen ebenfalls herabgesetzt werden. Die schlesischen Metallarbeiter werden sich gegen diese aufreizenden Verschlechterungen mit allen Mitteln zur Wehr setzen.-

Der schlesische Malerbund hat den Lohnvertrag für Ober- und Niederschlesien zu Ende Februar gekündigt; für Rheinland-Westfalen wurde ebenfalls von den Arbeitgebern der Lohnvertrag zum gleichen Termin gekündigt. Vom Reichsbund des deutschen Maler- und Lackiererhandwerks ist der Reichslohntarifvertrag zu Ende März gekündigt worden. Damit wären im wesentlichen die für das Reich bestehenden Lohnverträge im Malergewerbe gekündigt.

SPD. Die Reform der Arbeitslosenhilfe ist, weil wir wieder einmal wählen müssen, vertagt worden. Das hat die Herrschaften, die sich eine Vereinheitlichung der Arbeitslosenfürsorge nur auf dem Weg eines Abbaus der Arbeitsämter vorstellen können, von neuem ermutigt. So forderte auf der kommunalpolitischen Kundgebung der Deutschnationale Bürgermeister a.D. Dr. Maretsky eine Vereinheitlichung durch Vereinigung der "unerhört kostspieligen und unnötigen Arbeitsämter" mit den städtischen Wohlfahrtsämtern. Unter diesen Umständen verdient eine in der neuesten Nummer der "Gewerkschaftszeitung", des Organs des ADGB, erschienene Besprechung der Gegendenkschrift der kommunalen Spitzenorganisationen gegen das Gutachten der Reichsanstalt über die Hilfsbedürftigkeitsprüfung besondere Beachtung.

Die kommunale Denkschrift will heute nur noch die Vereinigung jener Zweige der Arbeitslosenunterstützung, die nicht auf Grund eines versicherungsmässigen Rechtsanspruchs gewährt werden. Sie verzichtet also auf die wilden Pläne, die auf eine völlige Zerschlagung der Arbeitslosenversicherung hingen. Die Vereinheitlichung der Arbeitslosenfürsorge will die Denkschrift aber nur unter Führung der Gemeinden durchgeführt wissen.

"Diese neben der Versicherung zu schaffende Versorgung" - so betont die "Gewerkschaftszeitung" - kann keine Aufgabe der Gemeinden sein und sie darf nicht den Grundsätzen der Fürsorge angepasst werden. Die Behauptung, dass eine ausreichende Versorgung stets teuer sein müsse als eine individuelle Fürsorge, ist unbewiesen und unbeweisbar. In der Versorgung wie in der Fürsorge ist es Aufgabe des Gesetzgebers, das Mass des Ausreichenden zu bestimmen, wobei durchaus zugegeben werden soll, dass die Versorgung schematischer, die Fürsorge, soweit sie wirklich von der individuellen Prüfung ausgeht, im Einzelfall gerechter sein kann. Dass sie diesen letzteren Vorzug keineswegs allgemein besitzt, weil die Bemessung der Unterstützung im einzelnen nicht nur durch den Gesichtspunkt sozialer Gerechtigkeit, sondern vor allen Dingen auch durch den finanzieller Leistungsmöglichkeit beeinflusst wird, dass daneben Einflüsse der verschiedensten Art für die Festsetzung der Richtsätze wie für die Anwendung im Einzelfall mit ausschlaggebend werden, ist durch zu zahlreiche Tatsachen, ganz abgesehen von dem Prüfungsbericht der Reichsanstalt, erwiesen, als dass es im Ernst bestritten werden könnte."

Die kommunale Denkschrift will möglichst individualisieren. Aber wichtiger als die unsichere Aussicht des Arbeitslosen, eine seinem besonderen Fall angepasste Fürsorge zu finden, erscheint den Gewerkschaften die durch mehr oder weniger schematisches Recht gewährleistete Gewissheit, wenigstens dieser schematischen Versorgung bestimmt teilhaftig zu werden. Der Vorzug zentraler Regelung liegt vor allem auf dem Gebiet der Rechtssicherheit. Warum sind die Arbeitslosen, wie auch die kommunale Denkschrift nicht leugnen kann, gefühlsmässig zunächst geneigt, die schematische Versorgung einer individualisierenden Hilfe vorzuziehen? Weil die Arbeitslosen ihre Erfahrungen haben - Erfahrungen, die mit den verschiedenen Formen der Arbeitslosenunterstützung gemacht worden sind.

Massgebend für die Neugestaltung der Arbeitslosenhilfe - so schliesst die "Gewerkschaftszeitung" ihre Besprechung der kommunalen Denkschrift - können nicht die Wünsche der einen oder anderen Verwaltung sein; massgebend muss sein das Schicksal der Arbeitslosen.

SPD. Auf den Gruben der Niederschlesischen Bergwerks A.G. in Waldenburg besteht seit anderthalb Jahren das Krümpersystem, durch dessen Einführung die Entlassung von 800 Bergarbeitern verhindert wurde. Da die Kommunisten unausgesetzt gegen das Krümpersystem agitieren, erfolgte dieser Tage eine Urabstimmung unter der Belegschaft. 77 v.H. der Belegschaft sprachen sich für Beibehaltung des Krümpersystems aus.

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D.

Berlin, den 15. Februar 1933.

Das Begräbnis.^x

SPD. Die Arbeiter brachten den Sarg und schafften ihn mühsam die schmale Treppe neben dem kleinen Kolonialwarenladen hinauf. Während sie die etwas prunkvollen sechs Bretter zwischen Tannengrün, Lorbeerbäumen und still gewordenen Schränken aufbauten, hörten sie aus der Küche das sickernde Weinen der Frau Müller, viel mehr seit vierundzwanzig Stunden richtiger: der Witwe Müller. Die Arbeiter brauchten eine Weile zur Verrichtung ihrer trübsinnigen Arbeit, und weil niemand etwas hörte, würzten sie ihre Bemühungen um die Leiche des Herrn Müller gelegentlich mit einem harmlosen, aber derben Spass. Nach einer Stunde hatten sie Herrn Müller, den Schützenhauptmann und Stadtverordneten der bürgerlichen Einheitsliste, eingesargt und für die letzte Fahrt bereit gemacht. Siegfried Müller hatte noch im Sarge die Hände gefaltet.

Er war der hartnäckigen Grippe, die wieder umging, erlegen, und unerwartet aus seiner Arbeit gerissen worden. Sein Ableben brachte die näheren Freunde aus dem Bürgerverein in arge Verlegenheit, denn einen so tatkräftigen Mann konnte man weit und breit als seinen Nachfolger nicht mehr ausfindig machen. Nun, kommt Zeit, kommt Rat, dachten die Freunde und bestellten verschiedene Kränze, damit erst einmal vor allen Dingen dem lieben Entschlafenen eine feierliche Bestattung sicher sei.

Der Nachmittag war ein wenig kühl, als Herr Müller sich anschickte, von sechs in grüner Uniform anmarschierenden Vereinsbrüdern der Schützengilde zu Grabe getragen zu werden. Schon vor dem Trauerhause hatte sich eine stattliche Trauergemeinde eingefunden. Die Zylinder leuchteten in der freundlichen Wintersonne, und die schwarzen Paletots und die kostbaren Schleier verschiedener Damen bildeten Anziehungspunkte für alle Augen.

Stumm setzte sich der Trauerzug in Bewegung. Vorn Vereine und Delegationen ein buntes Bild, schön und gerade so, wie der Verewigte es sich schon immer gewünscht hatte, wenn er mit seiner Gattin einmal den Fall seines Ablebens besprochen hatte. Es war eine unübersehbare Trauergemeinde, die Herrn Müller das letzte Geleit gab. Daran konnte man die Beliebtheit dieses wackeren Menschen ersehen. Der Boden war etwas kühl, und die Beine machten rasche Bewegungen, um nicht zu kalt zu werden.

Der Posaunenchor des Männer- und Jünglingsvereins, dessen Ehrenmitglied der Verblichene gewesen war, erleichterte allen das Geleit und erquickte mit vorzüglich geblasenen Weisen die Seelen der gebrochenen Leidtragenden. Und dazu rechneten sich alle, die im Trauerzuge marschierten oder hinter den Fenstern standen.

"Jetzt!" flüsterte der Posaunenmeister seinen Helfern zu, die an den Händen froren.

"Jetzt, ssst!" ging es leise durch die Reihen der Hörner.

Die Mitwirkenden wussten, dass es sich um die Erfüllung des letzten Willens des Heimgegangenen handelte. Hier wollte darum jeder etwas Besonderes leisten. Die ersten Klänge blieben den meisten Trauergästen ein wenig rätselhaft. Die Reihenfolge der Töne war bekannt, aber weil sie im Takt eines Trauermarsches gegeben wurde, herrschte immerhin längere Zeit einige Unklarheit über den wahren Charakter der Darbietung. Erst als der sogenannte Refrain an die Reihe kam, erkannten mehrere Teilnehmer, die nicht aus dem Heimort des Herrn Müller waren, mit einigem Entsetzen, dass es sich um eine bei Traueranlässen

weniger gebräuchliche Musik handele. Die eifrigen Musici schmetterten mit ernsthafter Kunstbesessenheit das Marschlied "Es war einmal ein treuer Husar" in den winterlichen Nachmittag. Bei verschiedenen Trauergästen wirkte die Befolgung dieses letzten Wunsches störend. Aber da der Veranlasser der Darbietung der Tote selbst war, erhob sich von keiner Seite ein Wort des Widerspruches, und die Harmonie des Begräbnisses wurde auf keine Weise gestört.

Leuchtende Blumen wurden Herrn Müller vom Kriegerverein, dem er als einfaches Mitglied angehört hatte, auf den Grabhügel gelegt. Später soll ihm die national gesinnte Bürgerschaft eine Grabeinfassung gewidmet haben. Siegfried Müllers Bild wurde im Gasthof "Zum goldenen Löwen", wo die Schützengilde tagte im Konferenzzimmer für spätere Generationen an die Wand geheftet. Die Jugend will doch Vorbilder haben, denen sie nacheifern kann.

Heinrich Claus.

Tischlein, deck dich!^x

* SPD. Im Speisesaal des "Gildebräu" ist mittäglicher Hochbetrieb. Die Kellner rennen, der Wirt und der Geschäftsführer inspizieren, durch den Raum schallt das Stimmengewirr der Gäste.

"Sie müßte jetzt kommen," sagt an einem der kleinen Tische ungeduldig ein Herr zu den beiden Damen und einem andern Herrn, mit denen zusammen er eben ein vortreffliches Diner vertilgt hat. Es war mit Sorgfalt und Sachkenntnis zusammengestellt und wurde reichlich mit einem sehr guten Tropfen begossen. Der Kellner räumt den Braten ab und beginnt, den Nachtschüssel aufzutragen.

"Da ist sie!" Man atmet auf. Eine soeben eingetretene Dame schüttelt der Gesellschaft zur Begrüßung die Hand, setzt sich und bestellt ebenfalls. Als ersten Gang wählt sie ein nicht sehr gangbares Fischgericht.

"Reichlich spät!" flüstern die Andern etwas wütend. "Doch es geht noch; wenn wir den Nachtschüssel in die Länge ziehen."

Der zuletzt Gekommenen wird nach der Suppe der Fisch aufgetragen. Sie isst, anscheinend mit gutem Hunger, den Teller zur Hälfte leer, springt dann aber plötzlich auf und hält sich, Entsetzen in den Augen und Angstqualen um die Mundwinkel, den Magen.

"Was ist denn los, Susi?" sprudeln die Tafelgefährten hervor und springen ebenfalls hoch.

"Der Fisch, o mein Gott, der Fisch! Mein Magen! Ich bin vergiftet! Hilfe, Hilfe! Einen Arzt... O... Hilfe, Hilfe!!"

Das ganze Lokal gerät in Aufruhr. Wirt, Geschäftsführer, Kellner - wäre das möglich? Der Ruf des Hauses... die berühmte Küche... "Um Gottes willen nur keinen Skandal!" denkt der Wirt.

"Hilfe, Hilfe! Ich sterbe!" jammert die Dame. Man bemüht sich um sie, legt sie ausgestreckt auf drei Stühle. Die Freundinnen halten ihren Kopf, schütteln Kölnisch Wasser aufs Taschentuch, weinen und schreien. Die beiden Herren, ausser sich, fahren den Kellner an: "Ein Auto! Rasch! Zum Krankenhaus! Sofort, die Dame muss sofort...."

"Wie entsetzlich!" jammert eine der Freundinnen. "Und ich, ich habe diese Restaurant empfohlen!"

Der Wirt zittert; er springt selbst zur Tür, ruft ein Auto an, kommt hastig zurück. Die Vergiftete wird aufgehoben, in den Wagen gepackt. Blitzschnell haben die Damen ihre Garderobe ergriffen. Die Herren werfen ihre Mäntel über den Arm, stülpen den Hut auf. Platz da, ein Menschenleben ist in Gefahr....!

"Entschuldigen Sie, meine Herren," räuspert sich diskret der Kellner. Man fasst sich an den Kopf: "Herrje, ja, natürlich! Selbstverständlich!"

Einer der Herren bleibt zurück. "Fahrt, was ihr könnt; eine Operation wird sie retten. Ich werde hier zahlen!"

Ab fährt das Auto.

Der Herr geht langsam, sich den Schweiß wischend, an den Tisch zurück, knabbert widerwillig an dem stehen gebliebenen Nachtisch. Wirt und Geschäftsführer eilen in die Küche. Gäste debattieren. Wenig freundliche Blicke fliegen in die Richtung des kristallschimmernden Buffets. Immer der Fisch! Man sollte überhaupt keinen mehr essen....!

Niemand bestellt noch Fisch. Der Wirt knurrt wie eine gereizte Bulldogge. Das weitaus intelligenteste Gesicht macht der Kellner, der den Unglückstisch bedient hat. "Ich will gehängt werden," murmelt er zum Geschäftsführer, "wenn das eine saubere Sache ist!" Sein Vorgesetzter wehrt ihn überlegen ab.

"Ober!" ruft der Herr, den Nachtisch stehen lassend. "Zahlen! Rasch!"

"Na also," sagt der Geschäftsführer, und der Kellner stürzt an den Tisch.

Kurz vorher war die Tür heftig aufgerissen worden, und zwei Herren haben das Lokal betreten. Sie stehen am Eingang und lassen ihre Blicke untersuchend durch den Raum gleiten. Jetzt postiert sich der eine an der Tür, und der andre geht eilig auf das Buffet zu. "Bitte den Inhaber oder Geschäftsführer!" - Rock auf; Kupfermarke: "Kriminalpolizei!"

"Also doch!" murmelt es rings.

"Zechprellerei?" informiert sich der Wirt.

"Allerdings!"

"Nun, wer hat recht?" trumpft der Kellner auf. "Sehen Sie sich das an, wie der Kerl jetzt da sitzt!"

Der "Kerl", den Braten riechend, sitzt da wie ein Häuflein Unglück. Er wirft scheue Blicke zum Buffet und zur Tür, rückt unruhig hin und her; seine Augen tasten die Fenster ab und die Nebenausgänge. Flucht um jeden Preis! Mit einem Satze kann er seine Garderobe greifen; zur Not lässt er sie im Stich... Es geht jetzt um mehr...

"Tag, Hardy," klingt da die Stimme des Kriminalbeamten ironisch hinter ihm. "Nur keine Dummheiten jetzt, mein Junge! Wir müssten sonst schießen, und das täte mir leid. Etwas unvorsichtig, dasselbe Ding zu drehen, gestern im Osten und heute im Westen der Stadt. Unvorsichtig. Na, wenn ich bitten darf!"

Der Beamte an der Tür wird herbeigerufen und fasst den Verhafteten am Arm. An den Spalier bildenden Gästen vorbei geht es hinaus.

"Ein hervorragender Fang," unterhält sich der Kriminalbeamte mit dem Wirt und den Umstehenden. "Das bisschen Zechprellerei... wenn es nur das wäre! Ein ganz gerissener Hochstapler, der mindestens auf fünf Jahre ins Loch fliegt!"

"Ah!"

"Und die Andern?" fragt der Wirt.

"Verhaftet, von der Strasse weg. Zwei wurden steckbrieflich verfolgt! Der Schofför hat uns dann hierher auf die Spur gebracht."

"Die Sache geht ganz gut," meint eine halbe Stunde später der Verhaftete zu den beiden Kriminalbeamten, als sie sich mit den drei Damen und dem vierten Herrn, sieben Mann hoch, in einem kleinen Kaffeehause treffen. Die angeblich vergiftete Dame löffelt Schlagsahne.

"Mit dem Fisch und der Vergiftung, das schlucken die Leute; sie hören ja auch so viel von Fischvergiftungen..., aber es kommt doch nur selten vor, dass gleich im ersten Tumult alles verschwinden kann."

"Ja," sagt der Herr, der verhaftete gewesen ist, "einen, den letzten, muss hinterher die Polizei herausholen..."

"Hahaha!" lacht die Polizei dröhnend.

"Wirt und so weiter, das ist nicht das Schlimmste; aber die Kellner sind so misstrauisch! Na, - auf ein Neues!"

Acht Tage später schiessen in einer andren Stadt die Kellner eines Restaurants herbei, nehmen der edlen Gesellschaft dienstbeflissen die Garderobe ab und präsentieren die Speisekarte....

"Die Weinkarte vor allem, Herr Ober!"

"Sehr wohl, meine Herrschaften!"

Luise Winkelmann.

Der Dichter der "Sklavenlieder".^x

(Zum 25. Todestage Svatopluk Cech's.)

SPD. Als am 23. Februar 1908 der zweiundsechzigjährige tschechische Dichter Svatopluk Cech starb, wurde er als nationaler Dichter gefeiert und Liebling der Nation genannt. Svatopluk Cech ist aber nicht nur ein nationaler Dichter der Tschechen, sondern auch ein sozialer Poet, dessen vor Jahren in deutscher Uebersetzung im J.H.W. Dietz Verlag erschienene "Lieder eines Sklaven" zum Gemeingut des internationalen Proletariats geworden sind. Am Abend nach der Tagesarbeit sitzen Sklaven unter Palmen und lassen sich von ihrem sangeskundigen Kameraden Lieder vorsingen. Er singt von ihrer Fron, von ihren Ketten und von all den Qualen, die ihnen die Sklavenhalter zufügen. Die Sklaven sind das moderne Proletariat. Man hört in diesen Sklavenliedern den Groll des Dichters gegen das Kapital. Der Sänger fußt zum Kampfe, zur Revolution auf. Durch die ganze Welt ertönt das Geklirr der Sklavenfesseln. Bis der Zorn von Millionen entbrennen wird, werden aus den Ketten schreckliche Waffen werden. Zum Schlusse hat der Sklavensänger eine Vision: Sturm auf der See, die soziale Revolution. Nach dem Sturme leuchtet die Sonne der Freiheit, die ganze Menschheit verbrüdet sich, und es gibt weder Sklaven noch Bettler. Diese "Lieder eines Sklaven" haben neben vorwiegend sozialen auch nationale Motive, da zur Zeit, als sie erschienen (1895), das Industrie- und Finanzkapital in Böhmen und Mähren fast gänzlich von Deutschen repräsentiert war. Von der Beliebtheit der "Lieder eines Sklaven" zeugt schon der Umstand, dass das Buch bisher in 35 Auflagen gedruckt worden ist. Die österreichischen Behörden hätten gern diese sozialistischen Gedichte, die für die Revolutionierung der Massen besser als Agitationsbroschüren gewirkt hatten, beschlagnahmt, doch sie haben sich zu spät besonnen, als das Buch bereits in Tausenden von Exemplaren unter der Bevölkerung verbreitet war. Die K.K. Zensur hatte schon früher (1883) ein poetisches Werk von Svatopluk Cech, "Der Schmied von Leschetin", verboten, doch diese halb soziale, halb nationale Idylle wurde sodann geheim in zahlreichen handschriftlich angelegten Kopien herumgeborgt und gierig gelesen. Es ist ein Epos vom Schmied im Dorfe Leschetin, der sich weder im Guten noch im Bösen vom deutschen Fabrikanten von seiner Schmiede vertreiben lässt und von Soldaten, die zum Schutze des Kapitalisten kommen, erschossen wird. Das Werk wurde von der Zensur erst 1899 freigegeben.

Svatopluk Cech, von Beruf Advokaturskonzipient, später Journalist und dann freier Schriftsteller, war ein ruhiger Bürger, der aber mit der Arbeiterschaft sympathisierte und Verständnis für ihre sozialen Bestrebungen bekundete. Schon in seinen Erstlingswerken "Die Adamiten", "Europa", "Slavia" befasste er sich mit der sozialen Frage. Im Jahre 1886 schrieb er für einen Arbeiteralmanach ein längeres Gedicht "Arbeit", das aber zu zwei Dritteln der Konfiskation zum Opfer fiel. Sodann erschienen von ihm einige prologartige soziale Dichtungen, wie "Die Freiheit", "Die unterirdische Stimme" (d. i. die Stimme

der sozialen Revolte, die unter der Erde ertönt) u.a.m. Den Arbeiter nennt er "Held der Zukunft", der besser ist als alle die gepriesenen Recken und Ritter des Mittelalters. Für einen Arbeiterverein schrieb er ein Gedicht "Die Arbeit hoch!", das im Prager tschechischen Nationaltheater als Prolog bei der sozialdemokratischen Maivorstellung vorgetragen wurde. In einem lyrisch-epischen Gedichte befasste er sich mit der Lage der landwirtschaftlichen Arbeiter. Kurz vor seinem Tode bekannte sich Svatopluk Cech in einem längeren Gedichte "In die weite Welt" als Internationalist und Sozialist. Er entbietet Brüdern in Deutschland, jenseits des Böhmerwaldes und der Schneekoppe und in den österreichischen Alpenländern sowie in der ganzen weiten Welt seine Grüsse, denn er weiss, dass überall seine Gesinnungsgenossen wohnen. Er wünscht, dass alle, die ähnliche Menschheitsträume wie er hegen, sich zusammenschliessen und ein unbekanntes Friedensheer bilden. Der Führer soll aber der Arbeiter sein, denn ihm gehört die Zukunft. Cech ruft den Arbeitern zu: "Ihr allein seid das Vaterland; in euch allein hat das Nationalvermögen seinen Ursprung und gehört euch von Rechts wegen!"

Die Poesie Svatopluk Cech's gehört einer vergangenen Epoche an. Die heutige tschechische Dichtung (auch die neue soziale Poesie) wandelt schon andre Wege. Svatopluk Cech gebührt aber das Verdienst, für die Sache des Arbeiters in seinen zahlreichen sozialen Gedichten in einer Zeit gewirkt zu haben, als der Sozialismus noch verachtet war. Manche seiner Gedichte, vor allem seine herrlichen "Lieder eines Sklaven", sind heute, in einer Zeit der neu erwachten Weltreaktion, wieder frisch, lebendig und hochaktuell geworden.

Rudolf Illovy.

Die Eiswand am Adlerpass.^x

SPD. Der Führer Andermatten steht in der frostigen Dämmerung vor der breiten Treppe der Saas Fee Kirche und wartet auf seine Touristen: zwei Züricher und einen Engländer. Dunkelheit lagert noch um die hohen Hotels, die in den letzten zwei Jahrzehnten die kleinen Bauernhäuser verdrängt haben, seitdem Saas Fee im Sommer zu einem alpinen Modeort geworden ist. Jetzt, solange noch Schnee im Tale liegt, kommen nur wenige Fremde herauf. Die Verbindung ist zu schlecht, und ein halber Tag Anmarsch von der Bahnstation Stalden ist den Leuten meist eine zu grosse Anstrengung. Deshalb sind die langen Wintermonate für Führer und Wirte eine schwere Zeit, und viele greifen zur Heimarbeit. Sie weben den berühmten Walliser Loden, während Schneesturm und Kälte das Dorf abriegelt.

Vor einigen Tagen sind nun die ersten Fremden in diesem Jahre gekommen. Sie sind in einer kleinen Gastwirtschaft abgestiegen, einige Tage mit ihren Skiern in der Gegend umhergesaust und wollen nun hinauf in die Berge steigen. Der Schweiz höchste Gipfel liegen rund um den Kessel, in dem die Holzhäuser von Saas Fee sich verbergen. Die Mischabelgruppe mit dem langen, vereisten Grat zum Dom stürzt im steilen Abfall ihrer viereinhalbtausend Meter in den Saas-Grund ab. Die Gletscher reichen fast bis an den Ort, und lange bis nach Ostern liegt noch tiefer Schnee in der Mulde.

Andermatten wartet geduldig, trotzdem die Kirchenguhr schon längst siebenmal die verabredete Stunde geschlagen hat. Langsam kriecht die Sonne über den Gipfel des Alphubels. Hier unten im Schatten ist es noch bitterkalt. Endlich kommen die drei Touristen frisch aus der Wärme ihrer Gaststube. "Schönen Tag gibt's heute", meinen sie und schnallen sich die Skier an die Füsse. Es sind keine Anfänger, diese drei, sondern bergerfahrene Männer, Freunde, die sich vor vielen Jahren bei einer Besteigung des Piz Bernina kennen gelernt haben und seitdem ihre Fahrten zusammen unternehmen. Deshalb hat auch der

Führer auf eine so grosse Partie eingewilligt, während sonst bei sehr schwierigen Hochtouren auf jeden Touristen ein Führer oder wenigstens ein Träger kommt.

Mit schweren Rucksäcken gleitet die Gruppe über den schmalen Steg das Bachbett entlang bis zur Steinmulde, wo der eigentliche Anstieg beginnt. Das Dorf schläft noch. Nur aus einem kleinen Fenster winkt ein rotes Tuch dem Führer Abschied zu. Die Fremden sind ganz der Stille und Unberührtheit dieser verborgenen Berge ergeben, die noch von keinen Modeskifahrern entweicht werden. Lautlos laufen sie durch das blaue Licht der Schattenmulde.

Dann wird der Hang sehr steil. Die erste Spur nach langem Schneefall zu legen, ist eine Kunst. Der Führer meistert sie instinktiv. Schwer ist heute seine Arbeit, in der er für kurze Stücke von den Andern abgelöst wird. Oft müssen sie verschlaufen und schauen talwärts. Fast senkrecht zu ihren Füßen liegt die Anstiegspur, und wo das Auge den Weg hinauf sucht, ragt der Hang ebenso steil weiter.

Zwei Stunden sind sie jetzt im Berge. Seit Stunden hat niemand gesprochen. Aus dem Tale klingen elf Schläge der Kirchturmuhren durch die Stille. Die Last auf dem Rücken drückt zentnerschwer. Auf die Stöcke gestützt, nach vorn überbeugt, rasten sie für kurze Minuten, laben die trockenen Lippen mit einer Fingerspitze Schnee. Dann schweift der Blick talaus nach den winzigen Häusern des Ortes, die dort unten als Riesenhotels grösser als die Berge sein wollen.

Stundenlang mühen sie sich höher und höher, immer steiler in die Flanke des Berges hinein. Jetzt weicht der blaue Schatten dem gleissenden Lichte der Sonne. Der grosse Felsblock dort oben, der die Mulde versperrt, ist ihr Ziel. Schritt für Schritt rückt der Koloss näher heran.

Nach halbstündiger Rast im Fels geht es in bequemen Serpentinaen zum Egginerjoch hinauf. Hier liegt die fast tropische Hitze der sich im Schnee spiegelnden Sonne über dem Hang. Dreitausend Meter Höhe sind erreicht. Nahe liegt das Dach der Britanniahütte am Fusse des Hinteren Allalin.

Die stets offene Hütte ist verlassen. In den Wintertagen fährt selbst der Hüttenwart zu Tal. Nur schwarze Gipfeldohlen segeln ums Haus. Hinter langen Gletschern liegen Strahlhorn und Rimpfischhorn im klaren Licht und dazwischen der Adlerpass - das Ziel des nächsten Tages.

Die Nacht in der vorbildlich eingerichteten Schweizer Alpenklub-Hütte bringt vollkommene Ruhe und Erholung. Doch was ist das? Am Morgen klappert ein loser Fensterladen, und sausend pfeift es unter dem Dachfirst. Sturm, Wetterumschlag? Draussen hängen Nebelfetzen, und aufgewirbelter Schnee tanzt um das Haus. Schwere Beratung am Kaffeetisch; was tun? Als die Sonne sich aber doch wieder durchkämpft, ist die Entscheidung schnell gefallen: los! Windwesten, dicke Kopfschützer, Schneebrille und Riesenfäustlinge sollen den eisigen Wind vom Körper halten. In der stetigen Bewegung des Langlaufes bleibt das Blut in Wallung. Wohlige Wärme steckt in den Gliedern, trotzdem der Sturm weitertobt und winzige Eiskörner ins Gesicht schlägt. Vorwärts, vorwärts! Es ist keine schwere Fahrt, Lawinen sind jetzt nicht zu fürchten. Die vier einsamen Gestalten klettern über niedergebrochene Schneemassen. Hart knirscht es unter ihren Schneeschuhen; da ist keine Gefahr. Nach zwei Stunden sind sie unterhalb des Adlerpasses. Noch einige hundert Meter steile Steigung, dann haben sie die Höhe erreicht: 3800 Meter und den Uebergang zum Matterhorn. Die Lungen keuchen in der ungewohnt dünnen Luft, und der Kopf dröhnt im Hämmern der Schläfen, aber nur weiter!

Doben stehen sie überrascht vor dem grossartigsten Anblick, den wohl die Alpen zu bieten haben. Aus dem Meer von Gletschern, Bergen und Schneemassen ragt die scharfe Flanke des Matterhorn hoch heraus. Der Grat ist bloss gefegt und liegt schwarz und drohend in der weissen Wildnis.

Jäh erschrecken aber die Mienen der Männer, als sie den steilen Abhang hinunterschauen, den sie jetzt zu begehen haben. Auch hier hat der Wind die ganze Wand blankgefegt. Klares Eis glänzt im fahlen Lichte der leicht unnebel-

ten Sonne. Aber lange Zeit zum Ueberlegen ist nicht; im Nu wird der Körper beim Stehen eiskalt. Nur schnell die Steigeisen mit ihren acht scharfen Kanten an die Schuhe, die Bretter geschultert und weiter am Seil abwärts, vorsichtig Schritt für Schritt einschlagend.

Fast mechanisch geht der Marsch weiter. Sie wissen alle um die Gefahr. Einmal rutscht der sichtlich mitgenommene Engländer ein paar Meter abwärts, doch seine Kameraden haben ihn am Pickel gesichert. Schauernd blickt er in die Tiefe, die ihn sonst erwartet hätte. Gesprochen wird dabei kein Wort. Jeder weiss, sie müssen unbedingt noch nach der Betempshütte kommen.

Am Nachmittag überrascht sie obendrein ein Schneetreiben, das zum Glück ebenso rasch vorübergeht. Mühsam bewegen sich die klammen Finger in den steif gefrorenen Handschuhen. Endlich wird die schützende Hütte erreicht. Der Engländer sinkt apathisch in eine Ecke. Die Andern knöpfen ihn sofort auf. Gesicht und Hände sind noch gut, aber die Schuhe gehen kaum von den Füßen. Die Zehen sind leblos, erfroren. Vorsichtig werden sie mit Schnee eingerieben. Aber sie bleiben ohne Leben. Schwerer Fall: die Kälte ist schon zu weit vorgedrungen. "So bleibt mir wenigstens eine Erinnerung an den Adlerpass", meint der Engländer gefasst. Er weiss, dass im günstigsten Falle nur die Zehen abgenommen werden müssen. Es kann aber auch den ganzen Fuss kosten....

k.m.

Das Wundermittel.^x

SPD. Auf dem Marktplatz der kleinen Stadt stauen sich die Leute um einen Ausrufer.

"Meine Damen und Herren, ich biete Ihnen das grossartigste Haarwuchsmittel der Welt an! Es heisst Excalvo! Ich bitte irgend einen Herrn, der eine Glatze hat, sich mir zur Verfügung zu stellen."

Ein noch ziemlich jung aussehender Mann schiebt sich durch die Menge. Der Ausrufer greift an den Hut des jungen Mannes und nimmt ihn ab. Eine gewaltige Glatze kommt zum Vorschein. "Donnerwetter! Wo haben Sie sich denn den Vollmond zugelegt?" scherzt der Verkäufer. "Na, den kriegen wir bald weg." Er schüttelt die Flasche mit Excalvo in der Hand. "Meine Damen und Herren, ich werde diesem Manne hier zwei Flaschen Excalvo schenken. Merken Sie sich das Aussehen des Herrn! In acht Tagen komme ich wieder auf den Markt. Sie werden staunen, meine Damen und Herren. Junger Mann - hier sind die zwei Flaschen. Gebrauchsanweisung ist dabei. Zu zahlen brauchen Sie nichts; es handelt sich um ein Experiment. Wenn Sie der Gebrauchsanweisung genau folgen, dann werden Sie Ihr blaues Wunder erleben."

Und der Ausrufer verkauft einige wenige Flaschen Excalvo.

Am nächsten Markttage ist er wieder da.

"Hat jemand etwas von dem jungen Manne gesehen, dem ich die zwei Flaschen Excalvo geschenkt habe?"

Niemand weiss etwas von ihm.

"Ah - da ist er ja!" brüllt der Ausrufer erfreut. "Nun, wir werden mal sehen."

Der junge Mann schiebt sich durch die Menge. Der Ausrufer reisst ihm den Hut vom Kopfe, und dichtes schwarzes Lockenhaar kommt darunter zum Vorschein. "Na, meine Damen und Herren, was sagen Sie nun?" schmunzelt der Verkäufer. "Innerhalb einer Woche vom Kahlkopf - wenn das nicht eine fabelhafte Wirkung ist, dann weiss ich überhaupt nicht, was eine fabelhafte Wirkung sein soll!"

"Det is woll 'ne Perrücke?" fragt ein Ungläubiger aus dem Publikum.

Da neigt der junge Mann seinen Lockenkopf dem Zweifler zu und sagt:
"Fassen Sie mal kräftig hinein!"

Der Zweifler packt mit voller Wucht in den Schopf des jungen Mannes und reisst mit aller Kraft daran. Die Haare sind echt. Sind gewachsen. Das Publikum klatscht Beifall. Und das Publikum kauft Excalvo. Die Meisten nehmen gleich mehrere Flaschen mit. Für Onkel August auch noch eine und für Onkel Emil eine zweite. Pro Flasche eine Mark; das ist nicht zu teuer für dieses fabelhafte Wunderzeug. Sie alle haben es ja gesehen, dass es derselbe junge Mann war, der am vorigen Sonnabend noch eine Glatze gehabt hatte und nun einen Urwald von Haaren auf dem Schädel trug.....

Am Abend trafen sich in der Nachbarstadt drei Männer. Der Verkäufer und zwei Herren, die sich ähnelten wie ein Ei dem anderen. Man sah auf den ersten Blick, dass es Zwillingbrüder waren. Nur dass der eine vollkommen kahl war und der andre dichtes schwarzes Haupthaar trug.....

Kurt Miethke.

SPD. Eine neue Meteorexpedition.^x Aus Moskau kommt die Nachricht, dass gegenwärtig eine neue Expedition zur Erforschung des sibirischen Riesenmeteors ausgerüstet wird. Es soll erneut nach jenem gewaltigen kosmischen Trümmer gesucht werden, dessen Einsturzgebiet man schon gefunden, dessen riesige Masse sich aber beim Fall so tief in die Erde gebohrt hat, dass man über seine Beschaffenheit noch nichts Genaues sagen kann. Das aufsehenerregende Ereignis, das die Erde erzittern machte und von den Seismographen als ein ausserordentliches Erdbeben verzeichnet wurde, fand am 30. Juli 1908 statt. Es ist ein Glück, dass diese Katastrophe in einer menschenleeren Gegend Sibriens, im Gebiet der steinigen Tunguska, erfolgte. Die Zerstörungen, die in kultivierten Gegenden dadurch hätten angerichtet werden können, sind nicht auszudenken. Man hat berechnet, dass die Einschlagzone einen Umfang von mindestens 30 Quadratkilometern hat. Der Schall der Explosion beim Aufsturz war auf einer Fläche zu hören, die grösser ist als Deutschland und Frankreich zusammen. Aus der Ablenkung der Magnetnadel, die man seinerzeit in der Nähe der Einschlagkrate feststellte, glaubt man mit Sicherheit schliessen zu dürfen, dass es sich um einen Eisenmeteoriten handelt. Die weiteren Forschungen werden sicherlich noch mehr Interessantes von diesem Ereignis bekannt werden lassen. Die Vorbereitung dieser Expedition geht von der russischen Akademie der Wissenschaften aus, die auch die Führung wieder in die bewährten Hände des Professors Kulik gelegt hat, der bereits die ersten Expeditionen in das abgelegene Gebiet geleitet hatte.

SPD. Kunst und Geschäft.^x Ein Filmanager bestürmte einmal Bernard Shaw, er möge ihm doch seine sämtlichen dramatischen Werke zur Verfilmung überlassen. "Ich liebe Ihre Werke", sagte der grosse Mann aus Amerika, "ich bete sie an. Welche Kunst, welche Charaktere, welche Dialoge!"

"Schade", sagte Bernard Shaw.

"Warum schade?"

"Aus allem, was Sie sagen, sehe ich, dass Sie ein Künstler sind", grinste Shaw. "Ich bin leider nur ein Geschäftsmann. Ich sehe, wir werden uns nie verständigen können."

Und mit einer höflichen, aber bestimmten Bewegung öffnete er die Tür.
